Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreise: Anzeigen für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206. **Organ für die werktätige Bevölkerung.** Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 99. Donnerstag, den 28. April 1904. 15. Jahrgang.

Die Organisationsfrage.

In dem Artikel „Auf 1 Million zu!“ in Nr. 89 der „Volkswacht“ beschäftigten wir uns mit der Frage der Neuorganisation unserer Partei und kündigten an, daß ein Breslauer Genosse rechtzeitig vor dem Bremer Parteitage einen Antrag auf Einführung einer strafferen Parteiorganisation zur Debatte stellen wird. Die Zeit ist, wie wir aus der Parteipresse ersehen, dazu äußerst günstig. Von den uns zugehenden Parteiblättern — leider sind es bei weitem nicht alle — haben bereits mehr als zwanzig den Gedanken wieder mit aufgegriffen und eine Fortführung der schon früher aufgetauchten Anregung befürwortet. Die bald beginnende parlamentslose Zeit wird Gelegenheit und Raum geben, die Organisationsfrage nach allen Richtungen hin zu erörtern. Heute wollen wir unseren Lesern zunächst einige Preßstimmen zu dem Breslauer Vorschlag unterbreiten. Der „Vorwärts“ begrüßt die Anregung, indem er schreibt:

„Wir haben schon aus Anlaß der Wahlergebnisse einige Betrachtungen angestellt über die Verschiedenartigkeit unseres Fortschreitens in den einzelnen Reichsgebieten und dabei den Wunsch ausgesprochen, es möchten diese Betrachtungen und Untersuchungen auf Grund örtlicher Erfahrungen fortgesetzt und auf dem Parteitage besprochen werden. Daraus hätten sich auch ganz natürlich Erörterungen über die Organisation ergeben. Auf dem Dresdener Parteitage ist leider über diese wichtige Frage kein Wort geredet worden. Wird jetzt von einem anderen Punkte aus das Thema zur Diskussion gestellt und kann der Parteitag dafür Zeit gewinnen, so wäre das sehr zu begrüßen. So wichtig die Agitation ist, so schätzen wir doch die Organisation erheblich höher, denn sie befestigt erst und macht zum sicheren Besitze, was durch die Agitation gewonnen, aber auch leicht wieder verloren wird, wenn man es bei der Agitation bewenden läßt.“

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der „Vorwärts“ mit seiner Bewertung der Organisation ins Schwarze trifft. Aber nicht nur die Wahlerfolge hängen von der Stärke unserer Organisation ab, auch die Debatten über fernerliegende Aktionen der Partei, z. B. über den politischen Massenstreik, schweben in der Luft, so lange nicht durch eine achtunggebietende politische Organisation der Grund gelegt ist für Parteiaktionen, die über die Gewinnung von Stimmzetteln und Anhängern hinausgehen.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ schätzt vor allen Dingen die geistige Vertiefung, die weiten Kreisen tätiger Genossen zu gute kommen würde, wenn eine zentralistische Organisation auch eine systematische Schulung vermittelt. Sie schreibt:

„Grundsätzliche Einwendungen lassen sich gegen den Vorschlag überhaupt nicht machen. Es entspricht ganz dem sonstigen Wollen der Sozialdemokratie, an die Stelle des „Freien Spiels der Kräfte“, der individuellen oder provinziellen Sonderbündelei, der politischen Zufallsaktionen, die geschlossene Einheit und Straffheit der fest organisierten Gesamtheit zu setzen. Wir fürchten auch nicht, daß durch die festere Zentralisation der Demokratie zu nahe getreten würde. Die Demokratie ist im Gegenteil bei einer solide aufgebauten Zentralorganisation am besten vor plötzlichen Ueberfällen und Eskamotagen geschützt. Wenn dadurch gleichzeitig hier und da einige rückständige Reste, politische Provinzialismen möchte man sie nennen, über Bord gehen, so wäre es nicht schade drum.

Eine Anzahl praktischer Bedenken könnten ins Feld geführt werden. Die einen werden sagen: wozu diese Neuerung, eines schickt sich nicht für alle, was für die Gewerkschaften paßt, braucht sich darum noch nicht für die politische Partei zu eignen; andere werden sich von ihrer altgewohnten Spezialorganisation nicht losreißen wollen, sie halten sie mit der Besonderheit der lokalen Verhältnisse so verwachsen, daß eine andere Organisationsform nur schaden könnte; in einem dritten Lande haben die Genossen gerade erst vor kurzem eine neue Landesorganisation geschaffen, so daß sie nicht Lust haben, schon wieder an eine Neuerung heranzugehen.

Aber diese und ähnliche Einwände sind nicht durchschlagend. Früher oder später muß die Zentralisation der Parteiorganisation in die Wege geleitet werden. Dieser Schritt liegt auf dem Wege der Entwicklung, den die Partei zu durchlaufen hat. Wir durften diesen Schritt nicht voreilig tun, so lange zu befürchten war, daß wir dadurch unsere ohnehin mit vielen Schwierigkeiten erkämpfte Organisation und Agitation gefährdeten. Wir denken dabei besonders an Ausnahmegesetze und behördliche und polizeiliche Schikanen. Für die Dreimillionenpartei aber können solche Besorgnisse nicht mehr ernstlich in Frage kommen. Es muß im Gegenteil unser Hauptbestreben sein, die drei Millionen, unter denen noch sehr viel sogenannte Mitläufer sind, und von denen sich nur der kleinere Teil durch Zugehörigkeit zur politischen Parteiorganisation als diszipliniert und unbedingt verläßlich erweist, fester an die Partei heranzuziehen, organisatorisch und — durch entsprechende Maßnahmen — auch intellektuell.

Denn das scheint uns neben den finanziellen Vorteilen der Zentralorganisationen eine erfreuliche Konsequenz dieser Reform zu sein, daß sie für die **geistige Vertiefung** der Parteigenossen, für ihre **gleichmäßigere Aufklärung** weit mehr tun könnte und müßte, als dies heutzutage geschieht. Inwieweit heute von den einzelnen Parteiorganisation irgend etwas für die planmäßige, systematische Schulung der Parteigenossen in den Grundlehren des Sozialismus getan wird, das ist ganz dem Zufall oder dem individuellen Lesebedürfnis überlassen. Gelegentlich werden Vorträge, zusammenhangslos und nicht immer vollwertig, gehalten und eine Bibliothek wird angeschafft. Auf die Dauer genügt das nicht. Und wenn eine Lehre aus den jahrelangen inneren Parteistreitigkeiten zu ziehen ist, so diejenige, daß die Masse der Genossen besser mit den Grundanschauungen der Sozialdemokratie vertraut gemacht werden muß. Der Revisionismus würde nicht den Umfang angenommen haben, den er hat, wenn nicht in weiten Kreisen der Genossen die innige Vertrautheit mit den Zielen des Sozialismus und seinen grundlegenden Schriften verloren gegangen wäre.

Von der Parteipresse ist der Breslauer Vorschlag fast durchgehends sympathisch begrüßt worden. Wir stellen die Anregung unseres Breslauer Parteiorgans zur Diskussion. Wer etwas Wertvolles dazu zu sagen hat, sei es dafür oder dagegen, soll zu Wort kommen.

Die vorhandenen Landesorganisationen brauchen einem Zentral-Parteiverbande durchaus nicht zum Opfer fallen, als Zwischenglieder mit etwas veränderten Funktionen werden sie auch weiterhin wertvolle Positionen einnehmen, in verschiedenen Landesteilen die fortschreitende Zentralisation sogar geeignet vorbereitet haben. Die bessere Durchdringung der Mitkämpfer mit sozialistischem Geiste wünschen auch wir, ob dieselbe dem Revisionismus oder dem Radikalismus in der Partei zu gute kommen wird, darüber kann man geteilter Meinung sein, das steht ja auch gar nicht zur Diskussion. Der Sache dürfte gedient sein, wenn sie mit dem prinzipiellen Parteistreit in keiner Weise verknüpft wird. Ist die Mehrheit der Genossen der Auffassung, daß die feste Organisationsform die radikale Richtung stärkt und stützt, dann kann sie ihre Genugtuung hegen darüber, daß der Plan trotzdem von der revisionistischen Seite Förderung erfährt, es wäre ein Schulbeispiel dafür, daß auch dieser Richtung das Wohl der Partei in erster Linie am Herzen liegt. Im übrigen sind wir wohl alle der Meinung, daß Entscheidungen in wichtigen taktischen und prinzipiellen Fragen von dauernd organisierten, also besser geschulten und opferbereiten Genossen gefällt werden sollen, nicht von zufällig zusammengelaufenen Haufen. Es begegnen sich mithin auf diesem Gebiete aller Wünsche.

Wie einzelne Landesorganisationen dem Gedanken einer festeren Parteigliederung vorgearbeitet haben, das legt in dankenswerter Weise das „Offenbacher Abendblatt“ für Hessen dar. Es schreibt über die Organisation der Partei im Großherzogtum:

„Wir haben eine einheitliche Landesorganisation, die sich in Kreiswahlvereine gliedert. Die Kreiswahlvereine wiederum werden gebildet aus den Lokalorganisationen. Bei dieser einheitlichen Landesorganisation — mit einem Landeskomitee an der Spitze — läßt sich das Kassenwesen in verblüffend einfacher Weise regeln, ohne komplizierte Verrechnungen und ohne daß eine Instanz auch nur um einen Pfennig zu kurz kommen könnte. Entsprechend der einheitlichen Organisation kommt in Hessen auch eine einheitliche Beitragsmarke zur Ausgabe, und zwar über den Betrag von zehn Pfennig. Monatlich müssen zwei Marken geklebt werden.

Die Marke wird vom Landeskomitee an die Kreisvereine zum Preise von 3 Pfg. abgegeben. Die Lokalorganisationen beziehen die Marken vom Kreiswahlverein für 5 Pfg. Das ist die denkbar glatteste Rechnung. Der Lokalorganisation verbleiben auf diese Art 50 Prozent der Beiträge zur Verwendung am Orte, den Kreiswahlvereinen verbleiben von den Beiträgen 20 Prozent zur Befriedigung der Bedürfnisse im Kreise, das Landeskomitee erhält 30 Prozent, davon hat es zwei Drittel zur freien Verfügung für die Zwecke der Landespartei, ein Drittel gibt es nach Berlin weiter an den sozialdemokratischen Reichssäckelwart Gerisch, so daß auch der zu seinen vorgeschriebenen zehn Prozenten kommt.

Eine einfachere Art der Verrechnung dürfte kaum auszuklügeln sein und wir können die Einführung dieses Verfahrens — Patent David — auf Grund mehrjähriger Erfahrung bestens empfehlen. Was nun die Form der Organisation anbelangt, so wissen wir sehr wohl, daß sich eines nicht für alle schickt, und daß es speziell in Preußen aus „polizeitechnischen“ Gründen schwieriger ist, feste Parteiorganisationen zu bilden, wie in Hessen. Wie wir keine Versammlungsanmeldung kennen, so auch keine Anmeldung der Organisationsmitglieder bei der Polizei. Das sind Dinge, die hierzulande die Polizei nichts angehen.“

Die politischen Verhältnisse in Hessen haben also der besseren Organisationsform vorgearbeitet. Immerhin kann die „Leipziger Volkszeitung“, die ihre besondere Freude darüber empfand, daß der Organisationsvorschlag gerade aus Breslau kam, dies Gefühl verdoppeln, wenn sie vernimmt, daß die relativ vollkommene Organisationsform in Hessen dem Kopfe Davids entsprang. Die Uebertragung des hessischen Systems auf die Gesamtpartei würde übrigens unseres Erachtens das Ziel noch nicht herbeiführen, das eine Zentralorganisation sich setzen muß. Dazu ist der an die Zentrale abgeführte Beitrag doch zu gering. Wenn alle Parteivereine Deutschlands sich von einem bestimmten Datum ab in Ortsvereine des sozialdemokratischen Parteiverbandes umwandeln, müßte der an die Hauptkasse abzuführende Beitrag jedes Mitgliedes wohl mindestens 10 Pfg.

Mein Onkel Benjamin.

Sozialroman von Claude Tillier.
Deutsch von H. Denhardt.

16]

Und in der Tat küßte er die junge Moulotin auf beide Wangen, der verdammte Sünder, der er war.

„Wie!“ rief hinter ihm eine Stimme, die ihm sehr bekannt war, „der ewige Jude umarmt also auch Frauen?“

Er drehte sich um und gewahrte Manette.

„Sicherlich, meine schöne Dame; Gott hat mir gestattet, jährlich drei zu küssen; das ist die zweite, die ich in diesem Jahre küsse, und wenn Sie es wünschen, sollen Sie die Dritte sein.“

Die Idee, ein Wunder zu tun, fachte Benjamins Ehrgeiz an. Sich in Moulot für den ewigen Juden ausgeben, war viel, war ungeheuer, war etwas, um Clamechys schöne Geister eifersüchtig zu machen. Unter den berühmten Mystifizierern nahm er sofort eine hervorragende Stellung ein, und der Advokat Page würde nicht mehr so oft wagen, ihm von seinem für einen Hasen ausgegebenen Kaninchen zu erzählen.

Wer würde erst wagen, sich an Kühnheit und Einbildungskraft mit Benjamin Rathery zu vergleichen, wenn er ein Wunder getan hätte? Und wer weiß? vielleicht würde das zukünftige Geschlecht die Sache für Ernst nehmen. Wenn er heilig gesprochen werden sollte! Wenn man unter seinem Namen einen dicken Heiligen aus rotem Holze schnitzte! Wenn man Messen für ihn läse, ihm Altäre errichtete, er einen Platz im Kalender und in der Litanei ein Ora pro nobis erhielte! Wenn er der Schutzpatron einer reichen Parochie würde! Wenn man ihn jährlich an seinem Namenstage mit Weihrauch beräucherte, ihn mit Blumenkränzte, mit Bändern schmückte, ihm eine reife Weintraube in die Hände gäbe! Wenn man seinen roten Rock in einem Reliquienkästchen verwahrte? Wenn er seinen eigenen Kirchenvorsteher hätte, um ihn wöchentlich abzuwaschen! Wenn er die Pest oder die Hundswut heilte! Aber zu dem allen war das Wunder nötig. Wenn er sogar einige vollbracht hätte? Aber wie sollte er es anstellen? Und wenn es ihm mißlänge, würde er verhöhnt, verspottet, verachtet, vielleicht geschlagen werden; er würde den ganzen Ruhm der Mystifikation, die er so schön begonnen hatte, verlieren . . . „Ei, meinetwegen!“ sagte mein Onkel, sich ein großes Glas Wein eingießend, um sich zu begeistern, „die Vorsehung wird dafür sorgen: Audaces fortuna iuvat; und übrigens ist jedes verlangte Wunder schon ein halbvollendetes Wunder.“

Er folgte also der jungen Moulotin, wie ein Komet einen langen Schweif Moulotens hinter sich herschleppend; als er in das Haus getreten war, erblickte er einen Bauer auf seinem Bette, der einen so verzerrten Mund hatte, daß er sein Ohr abbeißen zu wollen schien. Er fragte, wie ihm dieses Leiden zugestoßen wäre, ob es sich nicht infolge eines Gähnens oder eines Gelächters gezeigt hätte.

„Er hat es diesen Morgen beim Frühstücken bekommen“, antwortete seine Frau, „als er eine Nuß zwischen seinen Zähnen zerbeißen wollte.“

„Sehr gut“, versetzte mein Onkel, dessen Gesicht sich aufhellte, „und haben Sie jemanden zur Hilfe gerufen?“

„Wir haben Herrn Arnout holen lassen, der erklärte, es wäre ein Anfall von Lähmung.“

„Höchst klug geredet. Ich sehe, daß der Doktor Arnout die Lähmung kennt, als ob er sie erfunden hätte; und was hat er Ihnen verordnet?“

„Die Medizin in diesem Fläschchen hier.“

Als mein Onkel die Medizin untersucht hatte, erkannte er, daß es ein Brechmittel war, und warf die Flasche auf die Straße. Seine Sicherheit brachte eine vorzügliche Wirkung hervor.

„Ich sehe wohl, Herr Jude“, sagte die gute Frau, „daß Sie fähig sind, das Wunder, um welches wir Sie bitten, zu tun.“

„Von Wundern, wie dieses“, versetzte Benjamin, „würde ich täglich hundert tun, wenn man mir Gelegenheit dazu gäbe.“

Er ließ sich einen Blechlöffel bringen und umwickelte den Stiel mit mehreren Streifen weißer Leinwand; mit diesem improvisierten Instrumente fuhr er dem Patienten in den Mund, hob die obere Kinnlade, die über die untere hinausgetreten war, in die Höhe und brachte sie wieder an Ort und Stelle; denn dieses Moulotes ganze Krankheit bestand nur in einer ausgerenkten Kinnlade, was mein Onkel mit einem einzigen Blick aus seinem grauen Auge, das sich in jedes Ding förmlich festbohrte, sofort erkannt hatte. Der am Morgen Gelähmte erklärte, er wäre vollkommen geheilt und fiel wie ein Rasender über die zum Mittagbrote für die ganze Familie bestimmte Kohlsuppe her.

Das Gerücht, daß der Vater Pintot die Kohlsuppe äße, verbreitete sich mit Blitzes Schnelligkeit unter die Menge. Die Kranken und alle, die nur eine ganz wenig abweichende Gestalt besaßen, flehten meinen Onkel um Hilfe an. Ganz stolz darauf, daß dieses Wunder in ihrer Familie stattgefunden hatte, stellte Mutter Pintot meinem Onkel einen ihrer Vettern vor, dessen linke Schulter einen Höcker hatte, und bat ihn, denselben gerade zu machen; aber mein Onkel, der seinen Ruf nicht auf das Spiel setzen wollte, erklärte ihr, er wäre nur im stande, den Höcker von der linken Schulter auf die rechte Schulter zu versetzen; übrigens wäre dies ein sehr schmerzhaftes Wunder, und unter zehn Buckligen der gewöhnlichen Art fänden sich kaum zwei, die Kraft genug hätten, es auszuhalten. Dann versicherte er die Bewohner Moulots, daß es ihm Leid täte, nicht länger bei ihnen bleiben zu können, daß er aber die heilige Jungfrau nicht länger warten zu lassen wagte, und er suchte seine Schwester wieder auf, die sich in der Schenke am Marktplatze die Füße wärmte und Zeit gehabt hatte, ihrem Esel ein Maß Hafer vorschütten zu lassen.

Mein Onkel und meine Großmutter hatten die größte Mühe, von der Volksmenge loszukommen, und man läutete mit der Glocke, so lange man sie noch auf dem Wege sehen konnte. Meine Großmutter schalt Benjamin nicht aus; sie war übrigens eher befriedigt, als unangenehm berührt; die Art und Weise, in der sich Benjamin aus dieser schwierigen Prüfung herausgezogen hatte, schmeichelte ihrem schwesterlichen Stolze, und sie sagte sich, daß ein Mann wie Benjamin einem Mädchen wie Fräulein Minxit, selbst wenn es nach dem Ehevertrage eine Rente von zwei- oder dreitausend Franks besäße, vollkommen ebenbürtig wäre.

Das Signalement des ewigen Juden und der heiligen Jungfrau, ja sogar des Esels war bereits in La Chapelle angelangt. Als sie in den Marktflecken einzogen, knieten die Frauen an den Haustüren, und Benjamin, der sich auf alles verstand, erteilte ihnen den Segen.

6. Herr Minxit.

Herr Minxit nahm meinen Onkel und meine Großmutter sehr freundlich auf. Herr Minxit war Arzt, ich weiß nicht weshalb. Er hatte seine schöne Jugendzeit nicht in Gesellschaft mit Leichnamen zugebracht. Die Arzneikunst war ihm eines schönen Tages im Kopfe wie ein Pilz aufgegangen. Wenn er die Arzneikunde verstand, so lag der Grund darin, daß er sie erfunden hatte. Nie hatten seine Eltern daran gedacht, ihn die Schulwissenschaften studieren zu lassen; er verstand nur das Lateinische auf seinen Flaschen und hätte er sich bloß auf die Etiquetten verlassen, so hätte er doch noch oft Petersilie statt Schierling gegeben.

Er besaß eine sehr schöne Bibliothek, aber er steckte seine Nase nie in die Bücher. Er sagte, seit seine alten Schwarten geschrieben wären, hätte sich die Natur des Menschen geändert. Einige behaupteten sogar, diese kostbaren Werke wären nur Attrapen, auf deren Rücken er berühmte Namen der Arzneiwissenschaft in goldenen Buchstaben hätte drucken lassen. Was sie in dieser Ansicht bestätigte, war der Umstand, daß Herr Minxit, so oft man seine Bibliothek zu sehen wünschte, den Schlüssel verloren hatte.

Uebrigens war Herr Minxit ein geistvoller Mann; er war mit einer guten Dosis Intelligenz ausgestattet, und in Ermangelung gedruckten Wissens wußte er viel aus dem Leben Gegriffenes. Da er sonst nichts wußte, sah er ein, daß er, um vorwärts zu kommen, der Menge den Glauben beibringen müßte, er wüßte mehr als seine Kollegen, und er warf sich auf die Kunst, die Krankheiten aus dem Urin zu erraten. Nach zwanzigjährigem Studium dieser Wissenschaft war er dahin gelangt, [illegible] von hellem Urin zu unterscheiden, was ihn nicht abhielt zu beteuern, er würde einen großen Mann, einen König oder einen Minister, an seinem Urin erkennen können. Da es in der Umgegend nun weder Könige, noch Minister, noch große Männer gab, so fürchtete er nicht, daß man ihn beim Worte nahm.

(Fortsetzung folgt.)

pro Monat betragen, wozu dann die Ortsvereine je nach Gutdünken ihre Zuschläge von 5—20 Pfg. und mehr monatlich erheben könnten.

Einem italienischen Bericht der „Münchener Post", die übrigens diese Frage ebenfalls mit Interesse verfolgt, ist mit mehr Deutlichkeit als anderen Berichten zu entnehmen, daß die italienische Bruderpartei bereits seit mehreren Jahren das zentralistische Organisationssystem eingeführt hat. Im Jahre 1902 waren 87,188 Sozialdemokraten in 1070 Sektionen über das Land hin organisiert und lieferte an die Zentralkasse 17,000 Lire ab, im Jahre 1903 hatte sich die Zahl der politisch Organisierten auf 42,561 in 1236 Sektionen, der Beitrag in die Hauptkasse auf 23,000 Lire erhöht. Bei dem italienischen System fließen pro Kopf und Jahr 50 Zentesimi, gleich 40 Pfg. in die Hauptkasse, bei dem hessischen sind es nur 24 Pfg. Doch kann in Deutschland in diesem Punkte erheblich mehr geleistet werden als in Italien.

Die „Freie Presse" in Elberfeld erinnert daran, daß der Parteivorstand sich bisher solchen Plänen gegenüber ein wenig konservativ verhalten hat. Wir zweifeln jedoch nicht daran: gelingt es den vereinten Anstrengungen aller Freunde der Organisationsreform, ihre Pläne möglichst klar und einleuchtend als etwas Besseres gegenüber dem Bestehenden zu empfehlen, dann wird der Parteivorstand der letzte sein, der sich gegen die neue Organisation sträubt.

Der Reichstag

erledigte am Mittwoch, bevor er die Beratung des Börsengesetzes fortsetzte, eine große Zahl von Wahlprüfungen. Bei den meisten wurden die Kommissionsbeschlüsse ohne Debatte genehmigt. So wurde unter anderem die Wahl des Genossen Horn-Sachsen für gültig erklärt und über die Wahl des nationalliberalen Abg. Dr. Becker in Offenbach, der bekanntlich auf nicht ganz einwandsfreie Weise unseren Genossen Ulrich aus dem Felde schlug, Beweiserhebung beschlossen. Lebhafte Zusammenstöße gab es dagegen bei den Wahlen, bei denen parteipolitische Momente in die Entscheidung der doch an sich rein formalen Rechtsfrage der Gültigkeit der Mandate hineinspielte. Bei den Wahlen des Abg. Fürst Bismarck in Jerichow und unseres Genossen Braun in Frankfurt-Lebus zeigte sich, daß die Kommission je nachdem Kameele verschlucken und Mücken seigen kann. Die Wahl des Genossen Braun wurde für ungültig erklärt.

Zur Börsengesetznovelle, zu der gestern nur die Konservativen das Wort ergriffen hatten, kamen heute trotz der langen Ausdehnung der Sitzung wieder nur zwei Redner aus dem Hause zu Wort. Als erster übte Genosse Robert Schmidt scharfe prinzipielle Kritik an dem Treiben der Börsenfeinde ebenso wie an dem der Börse selbst.

Japan und Rußland.

Vom Kriegsschauplatz laufen die Nachrichten jetzt wieder sehr spärlich ein. Am Jalu, vor Port Arthur, vor Wladiwostok und auch vor Niutschwang ist alles ruhig. Die Meldung von einem Bombardement Niutschwangs durch die Japaner ist unbestätigt geblieben; in Petersburg lag auch gestern keinerlei Bericht hierüber vor, und ebenso wenig wissen direkte Telegramme aus Niutschwang selbst irgend etwas über einen derartigen Vorfall mitzuteilen. Die ganze Meldung ist also erfunden gewesen.

Die beschädigten russischen Panzerschiffe wieder aktionsfähig.

Aus St. Petersburg wird gemeldet: Ein Telegramm des Kontreadmirals Gregorowitsch an den Generalstab der Marine meldet, daß die Wiederherstellung der Linienschiffe „Retwisan", „Zesarewitsch" und „Pobjeda" fast beendet ist. Die Anbringung der Panzerplatten, die aus den Admiralitätswerften von Petersburg gekommen sind, am „Retwisan" ist vollendet, und die drei Schiffe werden jetzt als fähig angesehen, ihren Platz im Geschwader wieder einzunehmen. Die technische Besichtigung des Kreuzers „Bajan" habe im Gegensatz zu den japanischen Behauptungen gezeigt, daß er bei seinem kühnen Angriff gegen fünf japanische Schiffe am 13. April zur Rettung der russischen Torpedoboote keine Beschädigung davongetragen hat, obwohl ein Hagel von Geschossen sich gegen ihn richtete. Admiral Alexejew hat am 20. die Schiffe besichtigt und die überlebenden Verwundeten des „Petropawlowsk" besucht. Die Taucherabteilung setzt noch immer die Nachforschung nach der Leiche Makarows fort.

Wie oft waren die ersten beiden der genannten Schiffe schon völlig wieder hergestellt?

Verordnungen für Kriegskorrespondenten.

Die „Russische Telegraphen-Agentur" meldet aus Port Arthur: „Nowy Kraj" veröffentlicht die für die Kriegskorrespondenten bei der russischen Armee geltenden Bestimmungen. Ausländer bedürfen der Empfehlung ihrer Regierung an das russische Auswärtige Amt. Jeder Korrespondent hat sich schriftlich zu verpflichten, geheime Nachrichten nicht zu verbreiten, sich einer Kritik der Anordnungen befehligender Persönlichkeiten zu enthalten, die Tatsachen wahrheitsgetreu darzustellen und unkontrollierbare Meldungen zu unterlassen. Eine Verletzung dieser Bestimmungen, Indiskretionen und Taktlosigkeiten ziehen eine Verwarnung nach sich bezw. Entfernung vom Kriegsschauplatz. Allen Korrespondenten ohne Ausnahme ist der Zutritt zu der Admiralität, den Docks, Werkstätten und sonstigen Einrichtungen der Marine, sowie die Benutzungen von Schaluppen in den Häfen und Reeden von Port Arthur und Wladiwostok unbedingt untersagt. Die Korrespondenten haben sich zu verpflichten, um Ausnahmen von diesen Bestimmungen nicht nachzusuchen. Beim Eintreffen auf dem Kriegsschauplatze melden sich die Korrespondenten im Hauptquartier, legen die Dokumente und eine beglaubigte Photographie vor. Der Hauptstab dirigiert sie an den Stab des Rayons, in denen sie tätig sein sollen. Das Weitere hängt von dem betreffenden Stabe ab. Die Korrespondenten haben die Verantwortung für ihre Diener. Zum Aufenthalt auf der Festung ist die vorherige Einwilligung des Kommandanten derselben erforderlich. Als Abzeichen der Korrespondenten dient eine Binde um den linken Arm. Chiffrierte Depeschen sind untersagt. Die Zensur aller Meldungen erfolgt im Hauptquartier und bei den Stäben der Mandschureiarmee des Amurbezirks, in den Militärbezirksverwaltungen in Charbin und beim Gouverneur auf Sachalin, Niutschwang und in den Festungen Port Arthur und Wladiwostok.

Kleinere Nachrichten.

Schwierigkeiten der russischen Truppenverpflegung. Der russische Ackerbauminister Exzellenz Yermoloff erklärte einem Journalisten, die russische Truppenverpflegung in der Mandschurei habe mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, da das dortige Schlachtvieh völlig unbrauchbar und ungenießbar sei und alle Viehnachfuhren von Rußland aus gemacht werden müßten. Die Ernährung dieses Schlachtviehes sei sehr schwierig, da schon die Pferde große Futtermengen beanspruchen.

Die russische Aufstellung. In Tokio wird behauptet, daß die russische Aufstellung erfolge östlich von Mukden. Eine große Schlacht hält man nicht für bald bevorstehend, doch werde die Yalulinie verteidigt werden. Die erste japanische Armee ginge weiter stromaufwärts. — Das heißt also, die Russen weichen weiter zurück.

Das Wladiwostokgeschwader. Eine Tokioer Meldung des „Daily Telegraph" besagt, daß die Japaner Maßregeln ergreifen, um den russischen Kreuzern und Torpedo-Zerstörern, die jüngst Genfan heimsuchten, den Rückzug nach Wladiwostok abzuschneiden. Ein japanisches Geschwader von Panzerkreuzern weile im japanischen Meere.

Der Kaiser von Korea und sein Hof haben dem Mikado zum Zeichen der Freundschaft und Treue eine große Anzahl von Geschenken gesandt, die jetzt in Tokio eingetroffen sind. Es sind darunter kostbare Leuchter, Tischtücher, goldene Becher, Armbänder u. dergl.

Interventions-Gerüchte. Reuters Bureau erfährt, daß die von Petersburg ausgehenden Gerüchte, nach denen England irgendwelche Vorschläge betreffs einer Vermittelung zwischen Rußland und Japan vorgebracht hätte, vollständig unbegründet seien. Man kenne selbst in gut unterrichteten Kreisen in London die Quelle der Gerüchte nicht.

Im Rayon von Port Arthur ist die Lage unverändert. Die erfolgreichen Versuche mit Unterseebooten veranlassen die Zeitung „Nowy Kraj" zu der Aeußerung, daß sich für ein aktives Vorgehen der russischen Flotte nun neue Aussichten eröffnen.

Die Abfahrt des russischen baltischen Geschwaders soll dem „Bureau Herold" zufolge bestimmt Ende Mai erfolgen. Dasselbe ist bereits mit Unterseebooten neuester Konstruktion ausgerüstet, welche in Frankreich hergestellt worden sind.

Der japanische Militärattachee in Wien kauft, dem „Bureau Herold" zufolge, beständig Pferde, Munition und Verbandstoffe für Rechnung der japanischen Regierung.

Kohle für die russischen Kriegshäfen. Ein russischer Agent charterte in London etwa 20 englische, deutsche, amerikanische und norwegische Dampfer zum Transport von 70,000 Tonnen Kohle nach Port Arthur und Wladiwostok. Die Konossemente werden auf den Namen einer deutschen Firma mit deren Einwilligung nach neutralen chinesischen Häfen ausgefertigt. Von dort werden die Schiffe auf gut Glück einen der beiden russischen Häfen zu erreichen versuchen.

Zur Versorgung des russischen Ostsee-Geschwaders mit Kohlen auf seiner Reise nach Ostasien werden, wie die Daily Mail meldet, größere Transportdampfer von einer der transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften gechartert und im Mittelmeer verwendet werden. Außerdem werden kleinere Transportdampfer in der Ost- und der Nordsee bereit liegen.

Politische Uebersicht.

Das Zuchthaus als Schafott.

Der „Vorwärts" fährt in seinen dankenswerten Veröffentlichungen von Akten preußischer Strafanstalten fort. Wir greifen aus dem neuesten Artikel folgenden entsetzlichen Fall heraus:

In Celle fast anfangs der neunziger Jahre ein junger Mann, der wegen Diebstahls zwei Jahre Zuchthaus zudiktiert erhalten hatte. Wie ihm das Zuchthaus zum Schafott ward, das berichten ein paar ganz kurze Aktenstücke, des schauerlichsten wohl unter dem bisher veröffentlichten grauenhaften Anklagematerials:

Kgl. Strafanstalt Celle, den 2. April 1891.

Anzeige des Aufsehers C.

Der Sträfling Schipiorowski — 4516 — hat bei der Einlieferung einen anderen angesprochen.

K., Oberaufseher.

Verfügt:
10 Tage Arrest.

gez. Plahn, Direktor.

Vollstreckt vom 2.—12. 4. 91.
K.

8. 4. 91. Anzeige des Aufsehers D.

Schipiorowski — 4516 — hat seine Jacke im Arrest ausgezogen und seinen Kopf darauf gelegt.

K., Oberaufseher.

Verfügt:
Nochmal 10 Tage Arrest.

Celle, 8. 4. 91.

gez. Plahn, Direktor.

18. 4. 91. Anzeige des Aufsehers D.

Schipiorowski — 4516 — hat während der Nacht im Arrest sein großes Bedürfnis auf ein Stück Papier verrichtet.

K., Oberaufseher.

Verfügt:
Nochmal 10 Tage Arrest.

Celle, 18. 4. 91.

gez. Plahn, Direktor.

Am 4. Mai 1891 war Schipiorowski tot. Während der Verbüßung der letzten 10 Tage — immer Dunkelarrest bei Wasser und Brot, ohne Bettlager, die Steinfliesen als Sitz und Bett — hatte den 25jährigen, gesund eingelieferten Mann, ein heftiges Lungen- und Magenleiden befallen, dem er, kaum ins Lazarett gekommen, erlag. Daß er zwei, drei Worte gesprochen, dann im Dunkel auf den Fliesen liegend, seine Jacke unter den Kopf schob und schließlich ein Bedürfnis verrichtete, das ihn Nachts mit Gewalt überkam — vorschriftsmäßig darf das nur zweimal am Tage geschehen, bei Nacht ist das Klosett durch ein Gitter abgesperrt — diese drei Verstöße gegen die Hausordnung genügten dem Strafanstaltsdirektor und Leutnant a. D. Plahn, den Armen in die Hölle des Dunkelarrest zu schicken, wo er umkam.

In den Zuchthäusern findet keine ärztliche Untersuchung der Disziplinierten statt, ehe sie die Strafe antreten; wer den Aufenthalt im Arrest nicht vertragen kann, der geht eben drauf!

Der Würgengel Typhus hat sich — ein furchtbarer Schlag für die deutschen Truppen — den Hereros als Bundesgenosse gegen die Abteilung Glasenapp zugesellt. Die letzten Berichte über die von den deutschen Truppen zu bewältigenden Strapazen und über die ungünstigen klimatischen Verhältnisse, unter denen unsere Soldaten gegen die Hereros zu kämpfen haben, ließen bereits die Furcht aufkommen, daß der Gesundheitszustand der deutschen Heeresabteilungen sich nicht dauernd auf erwünschter Höhe werde halten lassen. Schrecklicheres ist geschehen, als man in dieser Beziehung fürchten zu müssen meinte; der Typhus hat, wie bereits in letzter Nummer gemeldet, unter unseren Truppen seine schaurige Würgengel-Arbeit begonnen. Schon hat er sieben Opfer gefordert! Sieben blühende Menschenleben, die von Kugeln der nur zu gut schießenden Hereros verschont geblieben sind, hat der schleichende Tod dahingerafft.

Welche Verluste an Menschenleben wird dieser unglückselige Krieg noch fordern?

Was will aller Hurrapatriotismus der alldeutschen Kolonialschwärmer, was will der berühmte militärische Schneid, der von allen militarismusbegeisterten Reaktionären

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 27. April 1904.

Die gestern als Neueinstudierung aufgeführte komische Oper **„Der Barbier von Bagdad"**, von Peter Cornelius, will sich in unseren Theatern keinen dauernden Platz erobern, während sich andere, zum Teil minderwertige Erzeugnisse dieses Genres stets des lebhaftesten Beifalls erfreuen. Es mag dies daran liegen, daß diese Oper zu wenig Melodien enthält, die auch von ungeübteren Zuhörern sofort begriffen und wiedergegeben werden können. Cornelius, der nur wenig Opernwerke verfaßt hatte, hielt sich in seinen Produktionen von dem Haschen nach billigen Effekten durchaus fern, auch sein „Barbier" enthält nichts, was den nur zum Zwecke der Zerstreuung und Unterhaltung ins Theater kommenden Hörer befriedigen könnte. Das Werk will als Ganzes aufgenommen und verstanden werden, dann verfehlt es seine Wirkung auf den Musikliebenden nicht. Gleich Richard Wagner hat auch Peter Cornelius das Textbuch selbst verfaßt — und zum Vorteil des Ganzen, Musik und Wort ergänzen einander vollkommen.

Der Inhalt ist eigentlich recht dürftig. Ein verliebter Muselmann Nurreddin, will zu einem Stelldichein zu seiner Geliebten, wird aber in diesem Beginnen durch einen Allerweltsmenschen von Barbier aufgehalten. Dieser Barbier, der zu gleicher Zeit noch Philosoph, Astronom, Historiker, Akademiker und vieles andere ist, drängt sich ihm als Helfer und Beschützer im Schäferspiele auf und bringt es durch ein Mißverständnis zuwege, daß der Liebesheld sich in eine Kiste verstecken muß und als Erschlagener betrauert wird. Alles endet aber aufs glücklichste und eine Verbindung der Liebenden, die der zugeeilte Kalif höchst eigenhändig vollzieht, beschließt das Stückchen.

Der musikalische Teil unterstand der Leitung des Herrn Prüwer, der die ziemlich schwierige Ouvertüre fehlerfrei herausbrachte. Diskret wurden die humoristisch wirkenden Begleitungen des Orchesters behandelt und da auch die Chöre ihr Bestes gaben, so kam eine recht gute Aufführung zustande. Herrn Siewert, der den verliebten Nurreddin sang, wäre anzuraten, bei seinen Bewegungen dem Körper mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Störend wirkt sein Verdrehen des Oberkörpers, hoffentlich ist dies nur eine leicht abzustellende Angewohnheit. Sonst boten Herr Siewert sowie auch Herr Schauer als Barbier mit dem Schreckensnamen Abul Hassan Ali Ebe Bekr hervorragende Leistungen. Gut sangen und spielten Fräulein Bewny die verliebte Margiana und Fräulein Reisch die liebeschützende Bostana. Am unrechten Platz war nur Herr Birkenfeld als Kadi Baba Mustapha, dessen Stimme allzu jugendlich klingt und dem auch in seinem Spiel nicht das ausgereifte Wesen des Alters eignet.

Dem „Barbier von Bagdad" folgte das anmutige Singspiel **„Abu Hassan"** von Karl Maria von Weber. Hierbei hatte man den Eindruck, als wäre das Werkchen von vornherein als Zugabestück behandelt worden, weshalb man es auch der musikalischen Führung unseres jüngsten Kapellmeisters, Herrn Pieper, anvertraut hatte. Das Orchester klang teilweise sehr müde, manchmal schien es, als wollte es recht schnell zu Ende kommen.

Der Textdichter Hiemer schildert ein junges arabisches Ehepaar, welches lustig und frohgemut in den Tag hineinlebt, leichtsinnig Schulden macht und die armen Gläubiger nicht befriedigt. Die Beiden kommen auf den Gedanken, sich tot zu stellen und durch abwechselndes Beklagen und Beweinen bei dem ihnen wohlgesinnten Kalifen und seiner Gattin Zobeide die Begräbniskosten herauszuschlagen. Die böse Geschichte kommt zwar an den Tag, aber der gute Kalif übernimmt freundlichst die Bezahlung der Schulden, nachdem der Hauptgläubiger Omar, der seine Liebesbegierde an dem hübschen Weibchen befriedigen wollte und dadurch in eine arge Klemme geriet, zum Tor hinausbugsiert worden ist.

Fräulein Mott gab eine reizende Fetime, Herr Birkenfeld hätte sich in seinen vom Dichter nicht vorgeschriebenen „Witzen" mehr Zurückhaltung auferlegen sollen. Pr.

Aus aller Welt.

Das Glücksspiel am Totalisator. Nach den amtlichen Nachweisungen sind im Königreich Preußen in den Jahren 1890 bis 1902 im ganzen **144,049,547 Mark** beim Totalisatorbetriebe umgesetzt worden und zwar schwankte der Gesamtumsatz in den einzelnen Jahren zwischen 6 und 24 Millionen Mark. Im Durchschnitt kamen 16 Rennplätze in Betracht. Wie groß die Beträge waren, die unter Umgehung des Totalisators auf das Glücksspiel beim Pferderennen gesetzt wurden, läßt sich natürlich auch nicht annähernd schätzen; jedenfalls handelt es sich um ganz gewaltige Summen, die wahrscheinlich noch viel höher sind als die Einsätze die beim Totalisator zu verzeichnen waren.

Richter Lynch. Aus Austin (Texas) wird berichtet: Eine starke bewaffnete Macht mit zwei Geschützen hält das hiesige Gefängnis besetzt, um zu verhindern, daß ein Neger namens Simmons, der ein achtzehnjähriges weißes Mädchen vergewaltigt und ermordet hat, von der weißen Bevölkerung gelyncht wird. Die Weißen versammelten sich bereits am Montag zu Tausenden bewaffnet vor dem Gefängnis, um Simmons herauszuholen. Der Gouverneur beorderte jedoch sofort zwei Kompagnien Miliz mit zwei Gatling-Geschützen auf den Schauplatz und ließ die Menge zerstreuen. Simmons wird jedenfalls so schnell wie möglich abgeurteilt und hingerichtet werden, um die öffentliche Meinung zu beruhigen.

Einen Hühnerhof auf Aktien gibt es in Essin bei Nyon (Neuß) im schweizerischen Kanton Waadt. Er hat den stattlichen Umfang von 85,000 Quadratmetern und ist nach allen Anforderungen der Wissenschaft und der Erfahrung eingerichtet. In den künstlichen Brutapparaten können gleichzeitig 2000 Eier ausgebrütet werden, man zählt 15 Aufzüchtereien für Küchlein, 56 für die Nachzucht, entsprechende Räumlichkeiten für die Mast usw. Die Anstalt kann jährlich 18,000—20,000 junge Hühner im Wert von 55,000 Mark liefern. Unlängst wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt mit einem Kapital von 180,000 Franks, das in 1,800 Aktien zu je 100 Francs eingeteilt ist.

Litteratur.

„Wider die Pfaffenherrschaft", Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von diesem, von unserem Parteiverlag herausgegebenen Lieferungswerk ist soeben das 2. Heft erschienen. Es beginnt mit dem 2. Kapitel: „Von der Revolution zur Weltherrschaft", das behandelt: Die Urchristen. — Die urchristlich-kommunistischen Gemeinden. — Christliche Agitation im Römerreich. — Christenverfolgungen. — Der Sieg über das Römertum. — Kaiser Konstantin und die christliche Kirche. — Ausbreitung des Christentums unter den Barbarenvölkern. — Die Völkerwanderung. — Grausames Blutvergießen durch das Christentum. — Die Entwickelung des Klerus und seine Vernichtung der kommunistischen und demokratischen Verfassung der Gemeinden. — Die Kirche. — Das Recht der Schenkungsannahme, die Ursache des Reichtums des Klerus. — Entwickelung des Papsttums. — Die Weltpolitik des Papsttums. — Die Kreuzzüge. — Der Kirchenstaat. — Von den Illustrationen dieses Heftes nennen wir: „Die Martern des heiligen Stephan", nach einem unbekannten Meister; „Karl der Große und seine 4 Frauen" und „Die Martern der ersten Christen unter Kaiser Nero", nach einem Holzschnitt von Albrecht Dürer. — Jedes Heft kostet 20 Pfennig und ist jedem Genossen zu abonnieren empfohlen. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur liefert die Hefte.

Die photographische Aufnahme eines Meteors während seines Absturzes ist vor einiger Zeit den Astromenen der berühmten amerikanischen Lick-Sternwarte geglückt. Eine vorzügliche Reproduktion des interessanten Bildes, auf dem neben zahlreichen Sternen verschiedener Größe auch der Komet Brooks deutlich sichtbar ist, enthält das jüngst erschienene Heft der großartigen Publikation Hans Kraemers „Weltall und Menschheit" (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin, 100 Lieferungen à 60 Pf.), die in dem Heft 56 den Schluß der geistvollen Geschichte der Erforschung des Weltalls von Geheimrat Professor W. Foerster und den Anfang der nicht minder fesselnden Darstellung der Erforschung der Erdoberfläche von dem Leipziger Universitätsprofessor K. Wenle enthält. Text und illustrative Ausstattung genügen wie bisher selbst den höchsten Ansprüchen, die man an ein so unvergleichliches Werk stellen kann, das einen Markstein in der Entwickelung unserer populärwissenschaftlichen Literatur bedeutet.

für das Fundament deutscher Macht und Herrlichkeit gehalten wird, bedeuten, wenn die schrecklichste Geißel aller Armeen, der Typhus, seine männermordende Wirksamkeit beginnt? Ist es nach all' den Erfahrungen, die wir mit unserer Kolonialpolitik in den Jahren ihrer an Mißerfolgen reichen Geschichte gemacht, zu verwundern, wenn jetzt selbst in den Reihen der Konservativen ein kolonialer Katzenjammer um sich greift?

Welche Aussicht auf Erfolg haben wir zur Zeit in dem Kriege mit den Hereros? Nach dem einmütigen Urteile aller Sachverständigen stehen wir erst am Beginne eines langen und schweren Kampfes, der noch viele Menschenopfer und viele Millionen kosten wird. Und nun reißt eine tückische Krankheit Lücken über Lücken in die Reihen der deutschen Mannschaften? Wahrlich, der Hererokrieg scheint dazu berufen, eine furchtbare Lehre zu sein für diejenigen, die da meinen, mit unterhaltenden Spaziergängen in die Tropen lasse sich die Welt erobern.

Es liegt in der Hand der deutschen Regierung, dem Blutvergießen endlich Einhalt zu tun. Es handelt sich dabei ja nicht nur um das so wohlfeil geschätzte Blut der Eingeborenen, sondern um das angeblich so teure Blut der eigenen Landeskinder! Mehr als hundert sind schon in dem afrikanischen Sande verscharrt worden — sollen ihnen weitere Hunderte folgen?! Es handelt sich ja freilich um Freiwillige, die in der Hoffnung auf leicht errungenes Heldentum in jugendlich keckem Tatendrang in den Kampf gezogen sind. Aber ihr Tod, ihr Siechtum wird von ihren Angehörigen nicht minder schmerzlich empfunden. Und wozu das alles! Bismarck, der gepriesene „nationale Heros", sagte seinerzeit, daß ihm das bißchen Herzegowina nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei. Das bißchen Herzegowina war immerhin noch unendlich wertvoller als die südwestafrikanische Sandwüste. Und trotzdem dieses unerhörten Blutopfer!

Ueber die Verluste der Kolonne Glasenapp wird telegraphiert: Am 13. März früh vor dem Gefecht bei Owikokorero betrug die Kopfstärke des Detachements 22 Offiziere und 476 Mann; davon fielen **8 Offiziere und 58 Mann**, verwundet wurden **4 Offiziere** und **18 Mann**. An **Krankheiten** starben **8 Mann**. Krankheitshalber wurden **zurückgeschickt 2 Offiziere** und **62 Mann**. Momentan sind **typhuskrank 44 Mann**. In den letzten Wochen sind heftige Regengüsse gefallen; außerdem gab es starke Nachtfröste, die in den Biwaks sich fühlbar machen. Nach dem Marsche auf Otjihaenene, wo die Abteilung zum 70. Male biwakierte, wurde nichts von den Hereros bemerkt.

Die Abteilung Glasenapp hat also seit dem 13. März insgesamt 63 Prozent ihrer Offiziere und 45 Prozent der Mannschaften verloren.

Eidesformel für Freidenker. Die Petitionskommission des Reichstags hat am Mittwoch beschlossen, eine Petition des Bundes freireligiöser Gemeinden Deutschlands auf Einführung einer besonderen Eidesformel für Dissidenten dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Die Petition fordert für Freireligiöse als Eidesformel die einfache Beteuerung: „Ich schwöre", oder „ja" an Stelle der jetzigen Beteuerungsformel unter Berufung auf einen persönlichen Gott. Der Regierungskommissar erklärte, die Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu dem Gegenstande der Petition jetzt noch nicht angeben zu können. Momentan fänden Beratungen über den vor einiger Zeit eingebrachten Antrag auf Wiedereinführung konfessioneller Eidesformeln statt.

Ueber die geschäftliche Behandlung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen haben am Mittwoch im Abgeordnetenhaus Vertreter aller Fraktionen verhandelt. Für die Beratung der Flußmeliorationen, die am Donnerstag beginnt, sind höchstens drei, für die Beratung der eigentlichen Kanalvorlage höchstens 4 Tage in Aussicht genommen. Zwischen beiden Beratungen soll ein freier Tag liegen. Unentschieden ist bisher, ob die Vorlagen an eine oder an zwei Kommissionen verwiesen werden sollen.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland ruhen, wie der „Posener Ztg." aus guter Petersburger Quelle berichtet wird, nach wie vor auf dem toten Punkt. Rußland wartet auf neue Eröffnungen der deutschen Regierung, nachdem die bisherigen Verhandlungen zu erwähnenswerten Resultaten nicht geführt haben.

Nach den Beschlüssen der Budgetkommission des Reichstags vom Mittwoch über die lex Stengel sollen von den Ueberweisungssteuern ausgenommen werden die Zölle und die Tabaksteuer. Es verbleiben die Branntweinverbrauchsabgabe und die Stempelsteuer. Hinzu kommt zu den Ueberweisungssteuern die Maischbottichsteuer und die Branntweinmaterialsteuer. Im § 2 wird den Einzelstaaten zugesichert die nachträgliche Deckung eines Betrages ungedeckter Matrikularbeiträge, soweit sich Ueberschüsse desselben Jahres im eigenen Reichshaushalt ergeben. Abgesehen hiervon sollen die Ueberschüsse im Reichshaushalt zur Schuldentilgung verwandt werden, soweit nicht das Etatsgesetz des Jahres anderweitig darüber bestimmt.

Die Heinzemänner an der Arbeit. In einem frommen Konventikel hielt neulich der durch seine seichte Vielschreiberei bekannt gewordene Herr Otto von Leixner einen Vortrag über die Vergiftung des Volkes durch die „unsittliche Literatur". Der Niederschlag seiner durchaus in heinzemännlicher Phraseologie gehaltenen Rede war ein einstimmig angenommener Antrag an den Bundesrat, den § 184 des Strafgesetzbuches so zu fassen, daß mit Geldstrafen oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden kann, „wer Schriften, Druckwerke, Bildwerke oder Darstellungen, welche in sittlicher Beziehung Aergernis zu geben geeignet sind, zur Verbreitung herstellt" ꝛc. — Also ein noch schlimmeres Kautschukgesetz wie die Lex Heinze, vor der wir glücklich bewahrt geblieben sind. Man muß nur wissen, was alles bei diesen sanften Lämmerschwänzchen à la Leixner in sittlicher Beziehung Aergernis erregt!

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor dem Landgericht Bayreuth die ledige Anna Löffler von Baiersdorf bei Weismain zu verantworten. Sie hatte sich im Herbst 1903 und im Januar 1904 in der Wohnung der Schreinersehelente Schmidt in Weismain in abfälliger Weise über das bayerische Königshaus geäußert und über die Herkunft des Königs Ludwig II. und des jetzt noch lebenden geisteskranken Königs Otto die tollsten Geschichten erzählt, die sie bei einem Besuch in München gehört haben will. Noch drastischer sprach sie sich über den bayerischen Prinzregenten aus. Das Frauenzimmer weiß jedenfalls gar nicht, was sie sagt, aber die Beleidigung liegt einmal vor, und so wurde sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gar zwei Jahre beantragt.

Drakonische Strafe wegen zu hoher Zeugengebühren. Vom Magdeburger Landgerichte wurde ein Arbeiter im Betrugsrückfalle zu der enorm hohen Strafe von **eineinhalb Jahren Zuchthaus**, 300 Mark Geldstrafe und zweijährigem Ehrverluste verurteilt, weil er einmal 4 und ein zweites Mal 3.20 Mk. an Zeugengebühr erhoben hat, obwohl ihm für jeden Fall nur 2 Mk. zustanden. Wenn der Betreffende auch schon wegen Betruges vorbestraft war, so steht diese Lappalie von ein paar Groschen zu viel verlangter Zeugengelder doch in gar keinem Verhältnisse zu dem Strafmaße. Der Vorfall möge aber zur Warnung dienen, denn Zeugenschaften können jeden Tag notwendig werden.

Die drei Richter des Bilse-Prozesses haben sämtlich ihren Abschied erhalten. Nachdem schon vor einiger Zeit der Divisions-Kommandeur von Tippelskirch, der Gerichtsherr im Bilse-Prozeß, verabschiedet worden war, wird jetzt der Abschied gemeldet vom Oberstleutnant Geisler vom Infanterie-Regiment Nr. 98 und des Majors Hirsch aus demselben Regiment.

Ausland.

Gemeinderatswahlen in Wien. Bei der Gemeinderatsersatzwahl wurden im 4. Wahlkörper des 2. und des 13. Bezirks bei 56 Prozent Wahlbeteiligung beide christlich-sozialen Kandidaten gewählt.

Der griechisch-türkische Zwischenfall. Die griechische Gesandtschaft in Konstantinopel verlangt energisch Genugtuung für den Vorfall in Smyrna. Die Pforte ist bereit, diese zu gewähren, sobald der Tatbestand genau festgestellt ist.

Nach griechischer Angabe verweigerte ein griechischer Untertan die Bezahlung der Gebühr für einen Gewerbeschein, welche Frage nach dem Kriege von 1897 eine kritische ist. Der Sekretär des griechischen Konsulats Delyannis wollte mit zwei Kawassen das Geschäft des Griechen wieder öffnen, was die Polizei verhinderte. Als Delyannis sich entfernte, gab er fünf Revolverschüsse ab und verwundete Polizisten. Hierauf wurde er und die Kawassen verhaftet, auf Verwendung des Generalkonsuls aber wieder freigelassen.

Loubet wird von den Sozialisten freundschaftlich empfangen. Einem Redakteur der Pariser „Petite Republique" gegenüber äußerte sich Genosse Ferri, der Führer der radikalen Richtung, dahin: Wir werden uns an dem Empfang des Präsidenten Loubet zwar nicht offiziell als Partei beteiligen, aber Sie können versichert sein, daß unsere Genossen dem Präsidenten Loubet einen sympathischen Empfang bereiten werden als dem Repräsentanten einer Republik — einer bürgerlichen zwar, aber immerhin einer Republik.

Zum Schiffsoffizierstreik in Marseille wird weiter berichtet: Von Marseille sind gestern nur zwei Handelsschiffe der Compagnie Tunisienne abgegangen. Die Offiziere dieser Schiffe hatten sich ebenfalls dem Ausstande anschließen wollen, doch erklärte ihnen die Gesellschaft, daß sie dann entlassen seien und durch andere ersetzt würden. Darauf blieben die Offiziere an Bord. Die Marseiller Gesellschaft der Schiffskapitäne für lange Fahrt erhielt Zustimmungsdepeschen des Hafen-Syndikats von Dünkirchen und der Nautischen Gesellschaft in Barcelona, in denen diese ihren Anschluß an den Ausstand in Aussicht stellen.

Aus dem Gefängnis zu Wilno sind, wie dem „Naprzod" aus Wilno (Litauen) gemeldet wird, 9 russische Gefangene entflohen; darunter 7 „politische". Einer wurde leider wieder eingefangen, der hierbei durch einen Schuß verwundet wurde. Glücklich entkommen sind dagegen 6 Genossen. Die Gefangenen hatten das Eisengitter eines Zellenfensters durchfeilt.

Für die Auswanderung chinesischer Arbeiter nach Südafrika haben die englisch-chinesischen Unterhändler fünf Schiffe in Hongkong gechartert. Eins liegt fertig, um nach Durban abzugehen, sobald aus Peking die Beantwortung des Gesuchs um Ermächtigung zur Unterzeichnung des Vertrages eingetroffen ist.

Partei-Angelegenheiten.

Der Göhrestreit in Chemnitz. Anläßlich der bekannten Vorgänge, die sich an die Kandidatur Göhre bei der Nachwahl im 20. sächsischen Reichstagswahlkreis anknüpften, machte sich eine starke Mißstimmung gegen die Mitglieder der Chemnitzer Agitationskommission geltend; die Mehrheit der Chemnitzer Parteigenossen wollte die Haltung der Kommission nicht billigen, sie stand auf Seiten Göhres. Schon in 8 Versammlungen wurde die Frage ventiliert, ohne daß eine Klärung erfolgt wäre. Die Mißstimmung wurde auch dadurch nicht beseitigt, daß die sächsische Landeskonferenz das Verhalten der Kommission als im Interesse der Partei gerechtfertigt deute. Gestern Abend erfolgte nun der Abschluß der unliebsamen Auseinandersetzungen. Es wurde die Neuwahl der Kommission vorgenommen. Die bisherigen Mitglieder, die gegen Göhres Aufstellung gestimmt hatten, unterlagen; sie erhielten nur 106, 105 und 64 Stimmen. Gewählt wurden die Genossen Emil Landgraf mit 299, Bruno Irmscher mit 259 und Bruno Mehnert mit 243 Stimmen.

Zu 300 Mark Geldstrafe wurde der Redakteur unseres hannoverschen Parteiblattes verurteilt wegen Beleidigung eines Gutsbesitzers. Der Arbeiter Hapke aus Lathe hatte ihm der Wahrheit zuwider mitgeteilt, daß er von dem Gutsbesitzer wegen seiner sozialdemokratischen Abstimmung bei der Reichstagswahl entlassen worden sei. Hapke hatte alle seine Angaben ausführlich niedergeschrieben und durch seine Unterschrift bekräftigt. Die Angaben erwiesen sich als erfunden. Hapke wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Unsere Genossen an der Arbeit. Wie der „Schles. Ztg." aus Warschau berichtet wird, verbreitet das Zentralkomitee der polnisch-sozialistischen Partei Rußlands Hunderttausende von Proklamationen im ganzen Lande, in denen aufgefordert wird, anläßlich der Maifeier Versammlungen und Massenausflüge zu veranstalten und rote Fahnen auszuhängen. Gendarmerie und Polizei sind verstärkt worden.

Die Ergänzungswahlen zu den städtischen Behörden fanden am Sonntag in Zürich statt. Seitens der sozialdemokratischen Partei war mit den Demokraten ein Kompromiß abgeschlossen worden; danach erhielt die Arbeiterpartei von den 125 Mandaten 44 zugestanden. Mit den Wahlen in den Großen Stadtrat waren die zum Engeren Stadtrat verbunden. Von den 9 Mandaten zu letzterer Körperschaft erhielt die sozialdemokratische Partei 3; wiedergewählt wurden hier die Genossen Dr. Erismann, Vogelsanger und Wyß.

Arbeiterbewegung.

Ein Kutscherstreik droht in Hamburg und den Nachbarorten auszubrechen. Die „Frankf. Ztg." meldet: Die Kutscher des gesamten Fuhrgewerbes in Hamburg, Altona und Wandsbek sind mit Ausnahme der Droschkenkutscher vorläufig in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Fuhrherren haben die Forderungen, geringere Arbeitszeit und höheren Lohn, abgelehnt.

Die Holzbildhauer in Hamburg haben bisher ihre Forderung auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in 32 Geschäften bewilligt erhalten. Mit den Unternehmern, bei denen die Forderung noch nicht bewilligt ist, sollen neue Verhandlungen angeknüpft werden.

Die Leipziger Steinsetzer haben den Gesellenausschuß beauftragt, mit der Steinsetzer-Innung nochmals in Unterhandlungen einzutreten. Die Steinsetzer wollen an der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit festhalten und fordern außerdem einen Stundenlohn von 70 Pfennig, Schluß der Arbeit an den Sonnabenden um 5 Uhr, vor den hohen Festen um 3 Uhr Nachmittags und Freigabe des 1. Mai.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kassel (Hessen) siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 285 gegen 79 christliche Stimmen.

Die Gewerbegerichts-Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitnehmer in Elbing beabsichtigen in der allernächsten Zeit in einen Streik einzutreten, den sie auch hoffen siegreich durchzuführen, da es wohl an Arbeitswilligen mangeln dürfte. Es ist das etwa kein Scherz, sondern bitterer Ernst, denn die Amtsdauer der gegenwärtig amtierenden Gewerbegerichts-Beisitzer war schon Ende Januar abgelaufen. Eine Neuwahl ist aber noch nicht ausgeschrieben.

Maurer. Die Lohnbewegung der Maurer in Salzungen ist zu Gunsten der Gehilfen beendet. Sie erzielten eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde.

Zimmerer. Sämtliche Zimmergesellen von Salzungen sind Sonnabend früh in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes.

Die lang erwarteten Italiener trafen am Montag in Stärke von 150 bis 180 Mann in Königsberg ein. Sie wurden unter polizeilicher Bedeckung in dicht verschlossenen Journalieren vom Bahnhofe abgeholt und nach den verschiedenen Baustellen transportiert, wo dieselben Streikbrecherdienste leisten sollen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 28. April 1904.

* **Krankenkassen und Aerzte.** In einem kürzlich im Breslauer Aerzteverein gehaltenen längeren Vortrage, in dem die Kassenverhältnisse des gesamten Reiches, bezw. der Großstädte mit denen der Breslauer Kassen auf Grund eines reichlichen statistischen Materials verglichen wurden, gelangte Dr. Magen zu folgenden Schlüssen:

1. Die Ausgaben der Ortskrankenkassen Breslaus bleiben hinter denen des Deutschen Reiches ein wenig, hinter denjenigen der Großstädte erheblich zurück, jedenfalls sind sie nicht höher als jene.

2. Von den einzelnen Faktoren der Ausgaben bleibt derjenige für ärztliche Behandlung bei den Breslauer Ortskrankenkassen beschämend weit zurück hinter demselben der Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches und der deutschen Großstädte. Seine durchaus mangelhafte Entwickelung im Laufe der Jahre ist ein sprechender Gegenbeweis gegen die gerade in letzter Zeit besonders oft und stark betonte Behauptung der Kassenleiter bei Kongressen usw., daß die Kassen spontan bestehende Mißstände in der Honorierung der Aerzte zu bessern bestrebt seien. Die Berechnung des ärztlichen Honorars auf einen Krankheitstag der im Hause verpflegten Arbeitsunfähigen, so wenig sie den wirklichen Wert der ärztlichen Einzelleistung darstellt, zeigt doch mit großer Wahrscheinlichkeit, daß trotz geringfügiger Erhöhung der Pauschale für das Mitglied der Wert der ärztlichen Einzeltätigkeit abnimmt, anstatt zuzunehmen, wie es die kaiserlich deutsche Statistik für das Deutsche Reich herausrechnet und wie es bei der notorisch erbärmlichen Honorierung schon im Anfange der Geltung des Krankenkassengesetzes zu erwarten wäre.

3. Demgegenüber stehen die Ausgaben für die Vorbezüge der Kassenmitglieder, Krankengeld, Sterbegeld, Wöchnerinnenunterstützung bei den Ortskrankenkassen Breslaus viel höher als bei denen des deutschen Reiches und kommen denen der anderen deutschen Großstädte sehr nahe, ihre Entwickelung im Laufe der Jahre ist eine viel schnellere gewesen als bei beiden. Und diese Differenz ist nicht bedingt durch eine größere Sterblichkeit oder längere Dauer der Erkrankungen, sondern lediglich durch viel höhere Einheitssätze für Krankengeld und Sterbegeld.

4. Diese höheren Einheitssätze beweisen, daß, da sie fast allein ein Produkt der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes und eines bestimmten Prozentverhältnisses desselben bezw. eines vielfachen desselben darstellen, unwiderleglich, daß entweder der durchschnittliche Tagelohn hier höher ist als im Durchschnitt des deutschen Reiches und ganz nahe steht demjenigen in den anderen Großstädten, auch denen mit großer Industrie, oder daß das Prozentverhältnis bezw. das Vielfache hier viel höher sein muß als dort, daß also die hiesigen Kassen im Verhältnis viel höhere Leistungen ihren Mitgliedern gewähren als dort. Das Eine wie das Andere beweist eine größere Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der hiesigen Kassen gegenüber ihren Mitgliedern im Verhältnis zu den gleichen Kassen des Reiches und der anderen Großstädte, womit wiederum der Unwille zu besserer oder wenigstens zu gleicher Honorierung der Aerzte sonderbar kontrastiert.

5. Die Berechnung der durchschnittlichen Tagelöhne aus den statistisch nachgewiesenen Beiträgen zeigt außerdem direkt, daß die Arbeiter Breslaus in dieser Beziehung nicht schlechter, sondern besser gestellt sind als diejenigen des Reiches im Durchschnitt.

6. Die Verwaltungskosten haben die hiesigen Kassen von vornherein höher normiert als die Kassen des Reiches, und absolut viel höher als die Arztkosten; im Laufe der Jahre ist das Mißverhältnis bei der Summe der Ortskrankenkassen der Stadt Breslau etwas geringer geworden, indem die Verwaltungskosten um ein geringeres kleiner geworden sind als die Arztkosten, bei den Ortskrankenkassen des 1. Verbandes dagegen ist jedenfalls bis 1902 noch die Ausgabe für die Verwaltung höher als die für Aerzte.

Das Mißverhältnis zwischen ärztlichem Honorar und anderen untersuchten Faktoren der Ausgaben ist größer bei dem ersten Verbande als bei der Summe der Ortskrankenkassen von Breslau; wir müssen daraus die Lehre ziehen, daß die Zentralisierung der Kassen, wenigstens in der Form des ersten Verbandes, nicht nur keine Verbesserung der ärztlichen Verhältnisse erwarten läßt, sondern eine Verschlechterung, d. h. so lange die Aerzte unorganisiert den Kassen preisgegeben sind. Es ist also Selbstmord, der von vielen Seiten, besonders von sozialdemokratischer Seite, gepredigt wird, die Aerzte sollten erst eine Zentralisierung der Kassen betreiben und dann sich organisieren.

Der Vortragende schließt daraus, daß der organisatorische Zusammenschluß der Aerzte Breslaus ein besonders zwingender ist.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen ärztlichen Klagen, um arge Uebertreibungen. Es ist, wenn die Berechnung des Dr. Magen schon richtig ist, mindestens verkehrt, zu bemängeln, daß die Unterstützungssätze für die Kranken erhöht worden seien. Für die Kranken sind die Kassen da, nicht nur, damit die Aerzte hohes Honorar erhalten. Im übrigen werden ja wohl die Kassen in der geeigneten Form antworten.

* **Ein Freispruch in Oberschlesien.** Wie uns telegraphisch gemeldet wird, wurde der frühere Arbeiter-Sekretär in Beuthen, Genosse Dr. Winter, in zwei Strafsachen von der Beuthener Strafkammer freigesprochen. Die Gerichtskosten und die Auslagen des Angeklagten wurden der Staatskasse auferlegt. Um welche Strafsachen es sich handelt, ist uns augenblicklich nicht in Erinnerung. Wir müssen deshalb den näheren Bericht abwarten.

Liegnitz, 28. April. Die Mai-Versammlung findet am Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause statt. Genosse Franz Klühs aus Breslau wird den Vortrag über den 1. Mai und seine Bedeutung für das Proletariat halten. Anschließend an die Versammlung wird ein Vergnügen stattfinden, in welchem turnerische Vorführungen, Gesangsvorträge ꝛc. sich ablösen sollen. Früh 7 Uhr versammeln sich die Genossen im Gewerkschaftshause zu einem Ausflug. Arbeiter, sorgt für zahlreiche Beteiligung an der Maifeier!

Schweidnitz, 29. April. Das störrische Schnauferl. Am Sonntage unternahm eine fidele Gesellschaft aus Breslau mittelst Automobil eine Vergnügungsfahrt nach Schweidnitz. Sie gelangte zwar glücklich am Ziele an, doch als sie den Rückweg antreten wollte, wurde das Schnauferl störrisch und trotzdem man den ganzen Nachmittag bemüht war, es wieder mobil zu machen, blieb am Abend nichts weiter übrig, als den Motorwagen nach der Bahn zu schaffen und auf diesem Wege nach Breslau wieder zurückzubringen.

Hain im Riesengebirge, 26. April. Schneefall. Erneute starke Schneefälle sind in der Nacht vom Montag zum Dienstag im ganzen Riesengebirge niedergegangen. Das Gehänge bis zu

600 Meter herab bildet eine prächtige Winterlandschaft. Die Waldungen strahlen in einem prächtigen Rauhreifkleide.

Görlitz, 27. April. Ungetreuer Beamter. Der Zugführer Gustav Finke, der im Dezember 1903 aus einem Packwagen Schmucksachen, Galanteriewaren und Lebensmittel gestohlen hat, ist von der Strafkammer wegen Unterschlagung im Amte zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Sorau, 27. April. Ein größeres Eisenbahnunglück ereignete sich auf der im Bau begriffenen Strecke Forst-Guben, die den hiesigen Kreis durchschneidet und in diesem Sommer dem öffentlichen Verkehr übergeben werden soll. Aus noch nicht ermittelter Ursache entgleiste ein 78 Achsen zählender Arbeitszug. Vierzehn beladene Wagen sind vollständig zertrümmert worden und Lokomotive und Tender stürzten den hohen Bahndamm hinunter. Maschinenführer und Heizer erlitten Verletzungen, während zwei auf der Lokomotive mitfahrende höhere Beamte mit dem Schrecken davonkamen. Der Materialschaden ist sehr groß.

Brieg, 27. April. Ein Schuß ins Schwarze war auch die zweite Volksversammlung, die am letzten Sonntag im „goldenen Anker" stattfand. Schon kurz nach drei Uhr war der Saal gefüllt, um ¾4 Uhr wurde der Saal polizeilich gesperrt. Unter den Versammelten befanden sich erfreulicherweise eine große Anzahl Frauen, jedoch fehlten diesmal die Genossen aus den umliegenden Dörfern. Das lag daran, daß am Abend vorher in demselben Lokal eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung stattgefunden hatte, an der über 300 Personen teilnahmen und die ebenfalls von durchschlagendem Erfolg war. Für die Volksversammlung war das Thema gewählt „Die Zölle und indirekten Steuern", worüber Genosse Löbe in fast zweistündigem Vortrag referierte. Unter gespanntester Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners, der das ganze fluchwürdige System der indirekten Besteuerung klarlegte und an der Hand eines reichen Materials schlagend nachwies, daß diese Steuern überwiegend von den ärmeren Volksschichten getragen werden und daß durch die Liebesgaben sich die Schnapsjunker und Zuckerbarone noch stets die eigenen Taschen füllten auf Kosten des arbeitenden Volkes. Daß Genosse Löbe seinen Zuhörern aus dem Herzen sprach, bewies der sich immer wiederholende stürmische Beifall, und als er in ergreifender Weise die sorgenvolle Lebensbahn des Arbeiters, das gram- und kummervolle Leben der Frauen, die stete Sorge um das bißchen Brot und Kleidung für ihre Kinder schilderte, da sahen wir viele der anwesenden Frauen weinen. Die Mahnung, treu zusammenzuhalten und immer zahlreicher sich zu scharen um die rote Fahne, zu agitieren für die Partei, wo immer es möglich ist, möge ein jeder beherzigen und danach handeln. Der Redner betonte, daß es nicht immer so bleiben könnte, wie es heut ist, wie es ja auch früher anders war als heute. Die Sklaverei, die Leibeigenschaft galten auch einst als „göttliche Weltordnung", sind aber ebenso überwunden worden wie der Robot, die zwangsweise Arbeitsleistung für die Junker, und so wird auch einst die kapitalistische Wirtschaftsweise, die Lohnsklaverei, weichen müssen vor einer gerechten, humanen Gesellschaftsordnung, wie der Sozialismus eine solche anstrebt. — Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende machte die Mitteilung, daß am letzten Sonnabend in der Druckerei der „Brieger Zeitung" sechs Schriftsetzer, Mitglieder des Buchdruckerverbandes, ihre Entlassung nahmen, weil der Besitzer, Herr Kubisch, es nicht für nötig hält, den Tarifvertrag zu halten. Mögen die Brieger Arbeiter, die noch dieses Blatt lesen, die Konsequenzen daraus ziehen! (Die Plätze der Verbandskollegen sind zum Teil bereits durch Leute aus dem „Gutenbergbund" besetzt. Dieser „Bund" ist also einfach eine Streikbrechervereinigung und der alte Gutenberg muß sich noch im Grabe umdrehen, daß solche Menschen seinen guten Namen mißbrauchen.) — Nachdem noch auf die Maifeier aufmerksam gemacht, wurde nach einem kurzen Schlußwort des Referenten die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Gleiwitz, 28. April. Eine Rabenmutter. Vor der ersten Strafkammer in Gleiwitz hatte sich die Grubenarbeiterfrau Franziska Schula aus Alt-Zabrze wegen brutaler Mißhandlung ihrer eigenen Kinder zu verantworten. Im August v. J. wurde die Angeklagte, die infolge ihrer liederlichen Lebensweise wiederholt mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten ist, nach Verbüßung einer dreijährigen Strafe wegen Diebstahls aus dem Zuchthause entlassen. Sie kehrte zunächst wieder zu ihrer Familie zurück. Da sich aber bei ihr der Trieb des Verbrechens wieder von neuem zeigte, wurde sie aus dem Hause verstoßen. Mit ihren beiden vier- und fünfjährigen Mädchen, die ihrer mütterlichen Obhut überlassen blieben, suchte sie ein anderes Unterkommen. Erst nach etlichen Monaten wurde der Vater von den rohen Mißhandlungen, denen seine Kinder ausgesetzt waren, in Kenntnis gesetzt. Nach den Schilderungen der Zeugen war die Behandlungsweise, die die unnatürliche Mutter ihren eigenen Kindern angedeihen ließ, eine geradezu unmenschliche. Oefters soll das vierjährige Mädchen von ihrer Mutter mit einem Strick an das Bett gefesselt worden sein und dann mit dem Handfeger und einmal sogar mit dem eisernen Ofenhaken mißhandelt worden sein. Auch ließ die Mutter ihr Kind oft stundenlang an das Bett festgebunden stehen. Aehnliche Qualen mußte auch die ältere Tochter erdulden. Einmal warf die Mutter ihrem Kinde wegen eines kleinen Vergehens ein Kohlenstück an den Kopf, in einem anderen Falle stieß die Mutter ihr Kind mit solcher Gewalt gegen die Tür, daß das Mädchen mit dem Kopfe an die Türklinke anprallte und mit einer blutenden Wunde bewußtlos zu Boden fiel. Als einmal die Hausbewohner der Angeklagten ernste Vorhaltungen machten, äußerte sie mit groben Worten: „Ich werde beide an einen Strick binden und sie zum Fenster hinausschmeißen." Das Gericht verurteilte die unnatürliche Mutter zu sechs Monaten Gefängnis.

Zabrze, 28. April. Zum Grubenunfall in Makoschau, über das wir gestern kurz berichteten, werden jetzt nachstehende Einzelheiten bekannt gegeben: Dort wird ein Schacht bis zu einer Tiefe von 320 Meter nachgeteuft, wozu ein kreisförmiges Gerüst aufgestellt ist. Auf unaufgeklärte Weise ließ das Gerüst nach und sauste mit drei dort beschäftigten Bergleuten aus einer Höhe von 30 Meter in die Tiefe. Es sind dies die Drittelführer: Spulda, Zielonkowski und Gorny aus Kunzendorf. Sämtliche konnten nur als verstümmelte Leichen aus den Trümmern hervorgezogen werden. Sieben weitere Bergleute, die mit Sprengarbeiten in den Schächten beschäftigt waren, sind zum Glück verschont geblieben. Die Getöteten wurden in die Leichenhalle des Zabrzer Knappschaftslazaretts geschafft.

Pleß, 26. April. Ein einarmiger Kirchendieb. In der Nacht zum Freitag wurde in Orzesche ein Einbruch in die katholische Kirche verübt. Ein Briefbote hörte jedoch im Vorbeigehen ein verdächtiges Geräusch und es gelang ihm, den Dieb, der nur einen Arm hatte und bereits den Kelch und die Monstranz geraubt hatte, festzunehmen.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Kämpfe am Jalu.

Nach in Mukden eingetroffenen Meldungen setzte eine japanische Abteilung bei Tagesanbruch beim Dorfe Sindagu über den Jalu, wo sie vom Feuer des russischen Kundschafterkommandos empfangen wurde. Durch die russische Artillerie wurde die von den Japanern nördlich von Widschu geschlagene Brücke zerstört. Der Uebergang erfolgte südlicher von Widschu auf Pontons. Ein Teil der Infanterie, welche mit einer Batterie über den Fluß gesetzt war, marschierte auf die russische Stellung bei Tuenschen, wurde aber so zurückgeschlagen, daß die Batterie nicht einmal das Feuer zu eröffnen vermochte.

Das Wladiwostok-Geschwader.

Der telegraphische Bericht des Statthalters Alexejew über den Vorgang im Hafen von Gensan lautet: „Kontreadmiral Jessen, der sich mit Kreuzern und Torpedobooten auf See befand, sandte die letzteren nach Gensan. Die Torpedoboote bohrten auf der Rhede einen japanischen Handelsdampfer in Grund, dessen Besatzung an Land geschickt war. Hierauf kehrten die Torpedoboote an demselben Tage wieder zum Geschwader zurück.

Der „St. James-Gaz." wird aus Kobe telegraphiert: Gestern wurden wieder mehrere Schiffe vor Gensan gesehen, die man für russische hält.

Gefängnismißstände.

Bei der dritten Lesung des Etats wird die sozialdemokratische Fraktion die Mißstände in den Gefängnissen zur Sprache bringen.

Ein Attentat auf die Polizei.

Aus Warschau, 27. April, wird gemeldet: Heute Nachmittags 4 Uhr wurden in der Dworskastraße der Adjunkt des Chefs der Geheimpolizei, der Adjunkt des Polizeikommissars und zwei Polizisten beim Eintritt in das Haus Nr. 6 von einer Bande mit Revolvern und Messern angefallen. Die beiden ersteren wurden getötet, ein Polizist schwer, der andere leicht verwundet. Vier Mitglieder der Bande wurden verhaftet.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. IV. Böttcher Gustav Bormann, ev., Märkischestr. 91, und Maria Kache, kath., Seydlitzstr. 4.

Eheschließungen. IV. Tischler Paul Schatke, kath., Höfchenstr. 48, mit Emilie Schmandra, kath., Höfchenstr. 48. — Kärtner Robert Anik, ev., Gabitzstr. 40, mit Maria Leipelt, kath., Fränkelplatz 2. — Zimmergeselle Hermann Fleischer, kath., Brandenburgerstr. 17, mit Anna Reise, ev., Höfchenstr. 8. — Arbeiter Richard Böhm, ev., Lehmgrubenstr. 14, mit Stanislawa Ziebarth, kath., Friedrichstr. 66. — Geschäftsdiener Karl Schäfer, kath., Große Feldstraße 10b, mit Klara Harbig, ev., Reichstr. 8.

Geburten. I. Schneider August Mager, ev., S. — Vorarbeiter Karl Bredner, ev., T. — Kutscher Josef Neumann, kath., S. — Tischler Robert Klausinsky, kath., S. — Kutscher Josef Tamm, kath., T. — III. Schneider Josef Haba, kath., T. — Arbeiter Adolf Dettke, ev., S. — Arbeiter Franz Miketta, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Härtel, kath., S. — Töpfer Paul Hoffmann, kath., Zwill., 2 S. — Arbeiter Alfred Berthold, kath., S. — Schneider Franz Kolenda, kath., S. — Maurer Paul Reimelt, ev., T. — Schneider Josef Brückner, kath., T. — Arbeiter Paul Heß, kath., S. — Schneider Ludwig Mazny, ev., S.

Vom 27. April.

Todesfälle. I. Arbeitersfrau Anna Kleinert, geborene Falkenhain, 45 J. — Hans, S. des Stubenmalers Fritz Maroke, 1 J. — Bruno, S. des Kutschers Ernst Malis, 2 J. — Frieda, T. d. Haushälters Karl Kache, 2 Mon. — Rentenempfänger Eduard Bahr, 58 J. — Telegraphenarbeiterswitwe Ida Rösner, geborene Fröhlich, 68 J. — Arbeiter Ernst Geppert, 67 J. — Arbeiterswitwe Rosina Teichert, geb. Wurzel, 71 J. — Früherer Schlosser Felix Hausmann, 50 J. — Begleitmannsfrau Martha Pelz, geb. Launer, 26 J. — Arbeiterswitwe Anna Werse, geb. Kiesel, 52 J. — Gustav, S. des Arbeiters Gustav Scholz, 1 J. — Fritz, S. des Arbeiters August Rolle, 3 Mon. — Emma, T. des Kutschers Josef Thamm, 20 Minuten. — Elisabeth, T. des Arbeiters Reinhold Fritsch, 3 J. — Elfriede, T. des Tapezierers Georg Korth, 7 Mon.

Briefkasten.

O. K. 12. Unseres Wissens, ja.

E. K. (Rose.) Wenn die Sache ohne ihre Schuld entzweiging, brauchen Sie es nicht bezahlen. Sollte es Ihnen abgezogen werden, klagen Sie vor dem Gewerbegericht.

A. J., Glogau. Wir glauben nicht, daß Ersatzpflicht vorliegt.

E. V., Sternstraße. Die Nikolaikirche wurde 1883, die Michaelskirche 1871 vollendet.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 28. April:

Steinarbeiter. Abends 7 Uhr, Zimmer **3 und 4** Versammlung.

Montag, den 2. Mai:

Steinsetzer. Abends 8 Uhr. Zimmer **3.**

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt V (Scheitnig).

Bezirk 64. Meine Wohnung befindet sich ab 1. Mai Paulstraße 26, part. Beiträge werden jeden Sonnabend Abends von 7—½9 Uhr daselbst entgegengenommen.

Fr. Rauschenfels, Bezirksführer.

Distrikt VI (Ohlauer und Schweidnitzer Vorstadt).

Die Bezirksführer erhalten **heute** Abend noch Maiprogramme. Der Distriktsführer.

Distrikt VII (Innere Stadt).

Bezirk 103. Jeden Sonnabend: Kassenabend im alten Lokal.

Neustadt OS. **Große Parteiversammlung.** Sonnabend, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Lokale des Arbeiter-Kasinovereins, Kunzendorferstraße Nr. 704. Tages-Ordnung: „Der 1. Mai und seine Bedeutung für das arbeitende Volk." Referent wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Das Erscheinen aller Parteigenossen wird hierdurch zur Pflicht gemacht.

Kattowitz. **Mai-Versammlung**, Sonnabend, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause. Tages-Ordnung: „Der erste Mai und die Arbeiter." Referent: Julius Bruhns.

Stadt-Theater.
Donnerstag: „Fidelio".
Freitag: Gastspiel Rosa Retty vom K. u. K. Hofburgtheater i. Wien: „Der Talisman".
Sonnabend: Gastspiel Marie Götze: „Samson und Dalila".

Lobe-Theater.
Donnerstag: „Zapfenstreich".
Freitag: „Der Rastelbinder".
Sonnabend: Gastspiel Rosa Retty v. K. u. K. Hofburgtheater i. Wien: „Wildfeuer."

Thalia-Theater.
Sonntag Abend 7½ Uhr: „Bruder Straubinger".
Billetverkauf Freitag von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

VICTORIA-THEATER
Dir. Hugo Schreiber.
Nur noch wenige Tage:
Das phänomenale
April-Programm!
Ab Sonntag, den 1. Mai:
Gastspiel
Sylvester Schäffer jr.

Dominikaner.
Täglich:
Die Original Leipziger,
Dir: Paul Belzer.
Anfang 7½ Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntag, den 1. Mai:
2 grosse hum. Soiréen
Entree nur je 10 Pfg.

Meine Poliklinik
für kranke Kinder unbemittelter Eltern findet wieder an allen Wochentagen von 11—12 Uhr statt. 771
Dr. Hamburger,
Junkernstraße 7.

Auf Nr. und Firma achten!
Ring 5.
Meine seit Jahren bekannt feinste
Molkerei-Tafel-Butter
jetzt **Mk. 1.10** das Pfd.
Paul Mischke,
Molkerei-Niederlage,
Ring 5.
(Keine Filialen!) 704

Gebrauchte Fahrräder!
von 15, 25, 35, 45 bis 85 Mark.
Max Rüster, Breslau VI,
Ecke Striegauerplatz 13. [779

Zigarren
eigenes Fabrikat
Zigaretten
in großer Auswahl
Rauch- und Kautabak
bei
Hermann Berner
Mehlgasse 30. [441

Riesige Färge. Billige Preise.
Prachtvollen weißen Cabliau,
im Ausschnitt, alles Mittelstücke, Pfd. 15 Pf.
D. D.-F.-G. „Nordsee"
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen.

Spezial-Geschäft für Grabsachen.
Eichene und eiserne Kränze, Baumstämme, Porzellan-Bibeln und -Kissen, Grabschilder, Photographien auf Porzellan, Sandsteinfelsen
in jeder Ausführung zu bekannt billigen Preisen.
Porzellanmalerei Klosterstraße 3
Emil Reinhold, Inh. Fritz Ruh. [766

Motorzweiräder auch auf Teilzahlung.
Stoewers Greif
sind unerreicht! — Feinste Marke!
Spielend leichter Lauf.
Auch Teilzahlung.
Gebr. Räder nehme in Zahlung. [778
Fahrräder von 75, 85, 100, 120, 130 bis 200 Mark.
Vertreter: Maximilian Rüster,
Breslau VI, Fr.-Wilhelmstr. 106 (Ecke Striegauerpl.)
2. Geschäft: Ursulinerstr. 71, bei Breslau.
Vertretung — Reparaturwerkstatt.
Eigene Reparaturwerkstatt.
Alle Arten Gummireparaturen.

Zigarren!
Mein neu errichtetes Zigarren-Spezial-Geschäft erlaube ich mir hiermit zu empfehlen und bitte um gütige Unterstützung.
Hochachtend
Oskar Hoffmann, 561
Nr. 3, Kätzelohle Nr. 3.
„Volkswacht" und „Vorwärts" liegen aus.

Wie alljährlich, so erscheint auch in diesem Jahre eine reich illustrierte

Maifest-Zeitung.

Auf dem Titelbilde begrüßt der Arbeiter den neu heranbrechenden Tag des Sozialismus. Das Mittelbild ist von **Walter Crane** gezeichnet. Auf die Bitte um einen Beitrag hat Walter Crane geantwortet, daß er mit Freuden bereit sei, ein Bild zu zeichnen, „**das die Idee des Sieges des Sozialismus verkörpern wird**". Und dieses Bild bieten wir den deutschen Arbeitern dar. Die letzte Seite des Kunstblattes ziert eine Umrahmung von **Käthe Kollwitz.** Die Künstlerin hat die Sehnsucht des Alters nach den Früchten des Sozialismus dargestellt, die zu pflücken der Jugend vorbehalten ist.

Die textlichen Beiträge weisen auf die Bedeutung der Maifeier für die **politische** und **gewerkschaftliche** Organisation der Arbeiterklasse hin.

Preis **10 Pfg.** Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volkswacht.**

Es erscheint ferner und kommt gleichzeitig mit der Maifest-Zeitung zur Versendung:

Der Achtstundentag

eine gesundheitliche Forderung

von Dr. J. Zadek-Berlin.

Die Broschüre erscheint als Heft 4 der in Arbeiterkreisen bestbekannten **Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**, von der aber jedes Heft für sich vollständig abgeschlossen ist.

Der Verfasser der Broschüre hat sich die Aufgabe gestellt, die Forderung der Arbeiterklasse auf Einführung des Achtstundentages vom gesundheitlichen Standpunkt aus zu begründen. Die Arbeit enthält **reichhaltiges** und **zweckentsprechendes Agitationsmaterial für diese Forderung des internationalen Proletariats.**

Der Preis für die Broschüre ist **20 Pfg.** Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volkswacht.**

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: **Friedrich Mehrlein;** — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": **Paul Löbe.** Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5.6. — Verlag von **Oscar Schütz;** — Druck von **Th. Schatzky;** — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 99 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 28. April 1904.

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung. Mittwoch, 27. April 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Niemand.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlen Will (kons.), Horn-Sachsen (soz.), Bauermeister-Bittersfeld (Rp.), Himburg (kons.) werden für giltig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. v. Brockhausen (kons.) wird Beweiserhebung beschlossen.

Ueber die Wahl des Abgeordneten Fürst Bismarck (kons.) berichtet

Abg. **Goldstein** (soz.): In 28 Orten mit über 4000 Wählern ist die Oeffentlichkeit der Wahl durch Ausweisung der sozialdemokratischen Vertrauensleute beeinträchtigt worden; da auch andere Verstöße gegen das Wahlgesetz vorgekommen sind, hätten wir erwarten können, daß die Mehrheit zu einem anderen Beschluß gekommen wäre.

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend) macht den Abgeordneten darauf aufmerksam, daß er als Referent die Ansicht der Mehrheit der Kommission zu vertreten habe. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. **Goldstein** (soz.) (fortfahrend): Ich wollte nur mitteilen, daß die Minderheit diesen Standpunkt vertreten hat, die Mehrheit beantragt Giltigkeit, da nur 33 Leute ausgewiesen seien. (Ironisches Bravo! rechts.)

Abg. **Gothein** (Freis. Vgg.): In dem vorliegenden Bericht heißt es, daß selbst wenn die Anhänger der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen seien, damit noch keine allgemeine Beschränkung der Oeffentlichkeit stattgefunden habe. (Hört, hört! links.) Nach dem Gesetz muß aber volle Oeffentlichkeit herrschen; deshalb müssen wir Aufklärung schaffen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. Wir beantragen Beweiserhebung. (Brav! links.)

Abg. **Geyer** (Soz.): Unter anderen schweren Verstößen ist auch der, daß man die Stimmzettel hinter verschlossenen Türen gezählt hat. Die Anweisung, sozialdemokratische Vertrauensleute auszuweisen, soll, nach Aeußerungen der Wahlvorsteher, der Landrat erteilt haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Um dieses System zu bekämpfen, bitten wir Sie, dem Antrag Gothein zuzustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Wellstein** (Zentrum): Ich kann nicht zugeben, daß in der Ausweisung von 33 Sozialdemokraten eine Beschneidung der Oeffentlichkeit für Sozialdemokraten überhaupt oder im allgemeinen liegt. (Hört, hört! bei den Soz.) Einzelne Persönlichkeiten mußten immer ausgewiesen werden. (Lachen bei den Soz.) Uebrigens hat die Wahlprüfungskommission das Verhalten der Wahlvorsteher ausdrücklich gemißbilligt. Ihnen das mitzuteilen, hat keinen Zweck, weil man ja doch nur einmal Wahlvorsteher ist.

Abg. **Kopisch** (fs. Vpt.): Aus 40 Ortschaften sind allerhand Unregelmäßigkeiten unter Nennung der Einzelbehauptungen und Zeugen mitgeteilt worden. Da halten wir es für unsere Pflicht, Beweis zu erheben. (Sehr richtig! links.) Es läßt sich gar nicht leugnen, daß immer nur Angehörige einer Partei ausgewiesen worden sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber morgen kann das jeder anderen Partei passieren. Durch Aufschichten und reihenweises Ausschütten der Wahlzettel wird die Geheimhaltung der Wahl jetzt mehr vereitelt, als dies vor dem Gesetz zu ihrem Schutz der Fall war. (Sehr richtig! links.) Welche Wirkung das hat, wissen wir, die in den ländlichen Wahlkreisen agitiert haben, zur Genüge. (Wiederholtes Sehr richtig! links.) Da nutzen die wirtschaftlich Starken ihre Macht rücksichtslos gegenüber den wirtschaftlich Abhängigen aus. Berühren uns darum die Vorgänge befremdlich, so sind sie andererseits sehr anheimelnd, denn bei uns in Schlesien geht es genau so zu. Ich bitte Sie in Ihrem eigenen Interesse, dem Antrag Gothein zuzustimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Dr. Wallau** (ntl.): Vielleicht haben sich die Ausgewiesenen üppig gemacht. Das ist doch noch keine Verleugnung des Prinzips der Oeffentlichkeit. (Große Unruhe. Widerspruch links.) Trotz allem bleibt übrigens eine Mehrheit für den Fürsten Bismarck bestehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. **Richard Fischer**-Berlin (Soz.): Wenn die Grundsätze, die Herr Wallau hier vertreten hat, allgemein Geltung fänden, brauchten wir über keine Ungesetzlichkeit mehr Beweis zu erheben, wenn nur der gewählte Kandidat eine große Mehrheit hat. Wir betrachten es aber als Aufgabe des Reichstags, die Behörden zu zwingen, dem Unfug der Wahlbeeinflussung endlich ein Ende zu machen. Das sind nur Dienste für die konservative Partei. (Lärm rechts.) Aber freilich, unsere Bemühungen werden ja nutzlos bleiben, weil die maßgebende Partei des Hauses dem Träger des Namens Bismarcks nicht den Makel des kassierten Mandats anhängen will (Lärm im Zentrum.) genau so, wie es früher bei Stumm war. Nach Herrn Wallaus und des Amtsvorstehers Auffassung machen sich Sozialdemokraten ohne weiteres in Wahllokalen unnütz. Der eine Wahlvorsteher hat sich entschuldigt, es läge ein Erlaß der Regierung vor, (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.), der andere, der Landrat hätte es angeordnet (Heiterkeit.), ein dritter, der Kreissekretär hätte es verfügt. Da liegt doch System in der Sache. Eine solche Wahl ist nichts als ein Hohn auf das Wahlrecht und es ist ein Skandal, wenn eine solche Wahl für giltig erklärt wird. (Große Unruhe rechts, lebhaftes Bravo! links.)

Präsident Graf **Ballestrem** ruft den Redner zur letzten Aeußerung zur Ordnung. Der Antrag Gothein wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen und Welfen abgelehnt, die Wahl wird für giltig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. Dr. Becker-Offenbach (natl.), wird Beweiserhebung beschlossen. Die Wahl des Abgeordn. Osel (Zentr.) wird für giltig erklärt.

Zur Prüfung der Wahl des Abg. **Blumenthal** (deutsche Vp.) ergreift das Wort

Abg. **Payer** (südd. Vp.): Es ist in der Kommission behauptet worden, die Kandidatur Blumenthal habe gleichsam den Charakter einer amtlichen Ansicht getragen. (Lachen und Hört, hört! links.) Das ist kein Kompliment für die elsaß-lothringische Verwaltung, denn der Abg. Blumenthal hat sich immer offen als Demokrat bekannt. Wer wird glauben, daß Herr von Köller, der vor 14 Tagen hier so flehentlich bat, man sollte ihm auf seine alten Tage doch nicht antun, ihn für einen Demokraten zu halten, den Demokraten Blumenthal mit einem amtlichen Apparat unterstützt hat! Es ist ja gewiß nicht korrekt, daß 13 Bürgermeister den Aufruf zu seinen Gunsten mit Namen und Amtscharakter unterzeichnet haben. Aber das ist in Süddeutschland weit verbreitet und einflußreiche Bezirkstagsmitglieder, Bürgermeister, haben die Wähler aufgefordert, für den klerikalen Gegenkandidaten Haug zu stimmen. (Hört, hört! links.) Dürfen denn evangelische Bürgermeister nicht tun, was katholischen freigestellt wird? (Sehr gut! links.) Auch Ortsvorsteher und besonders die geistlichen Ortsvorsteher, die Pfarrer, werden sich gewiß das Recht nicht nehmen lassen, auf ihre weiblichen Gemeindegenossen in politischer Hinsicht einzuwirken. (Sehr gut! links.) Es handelt sich auch um so kleine Gemeinden, daß der amtliche Charakter der Bürgermeister jedem Einwohner bekannt war. Zudem gehen in Elsaß-Lothringen die Bürgermeister aus der freien Wahl der Gemeinde hervor, sind nicht von der Regierung abhängig und haben keine polizeilichen Befugnisse. Da die Wahl des Herrn Blumenthal von der Regierung sicher nicht gewünscht worden ist, kann die Unterschrift der Bürgermeister nur als Ausfluß ihrer persönlichen Ueberzeugung angesehen werden. Die Kommission hat sich hier auf einen etwas zu formalistischen Standpunkt gestellt. Auch daraus, daß ein paar Eisenbahnbeamte den freisinnigen Wahlaufruf unterschrieben haben, kann doch nicht der Schluß gezogen werden, daß die Regierung die Wahl des Herrn Blumenthal wünschte. Es handelt sich hier wirklich um keine Wahlbeeinflussung, sondern um den Versuch, eine rite zustande gekommene Wahl unter dem Schein der amtlichen Wahlbeeinflussung für ungiltig zu erklären. Das wollen wir verhindern.

Abg. **Wellstein** (Zentrum): Es kommt darauf an, ob die Kandidatur Blumenthal der Regierung nicht relativ besser gefallen hat, wie etwaige andere Kandidaturen. Besonders aber kommt es darauf an, welchen Einfluß die Bürgermeister auf die Bevölkerung haben. Die Kommission war deshalb durchaus im Recht, die Wahl für ungiltig zu erklären.

Abg. Dr. **Arendt** (Rpt.) ist der Ansicht, daß die Ungiltigkeitserklärung nur ausgesprochen werden könnte, wenn der polizeiliche Charakter der elsässischen Bürgermeister erwiesen wäre. Da das aber nicht der Fall sei, stimme er für die Giltigkeit der Wahl.

Abg. Dr. **Vonderscheer** (Elsässer) bestreitet, daß die Bürgermeister in Elsaß-Lothringen von der Regierung vollständig unabhängig seien.

Abg. **v. Jasdzewski** (Pole) tritt für die Ungiltigkeitserklärung der Wahl ein.

Abg. **Gothein** (fs. Vgg.): Meine Freunde sind der Meinung, daß die Bürgermeister im Elsaß polizeiliche Funktionen haben, daß daher ein Eintreten derselben für einen bestimmten Kandidaten unzulässig ist. Ein Teil meiner Freunde wird aber für die Giltigkeit stimmen, weil auf beiden Seiten gleichmäßig unzulässige Agitationen von Beamten geübt worden sind.

Der Antrag **Payer** auf Giltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Blumenthal wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und eines Teils der freisinnigen Vereinigung abgelehnt und der Kommissionsbeschluß auf Ungiltigkeitserklärung der Wahl angenommen.

Es folgt die

Wahl des Abg. **Braun** (Soz.) Frankfurt-Lebus.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahl auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, eine Anzahl Erhebungen anzustellen.

Abg. **v. Gerlach** (Hospit. b. d. fr. Vgg.) tritt für die Giltigkeit der Wahl ein, da die Wahlprüfungskommission es abgelehnt habe, einen Punkt des Gegenprotestes, den der Reichstag zur Prüfung überwiesen habe, zu prüfen. Allerdings sei dieser Gegenprotest nicht in der geschäftsordnungsmäßigen Frist eingeliefert worden. Aber das Plenum habe doch die Kommission beauftragt, über das in dem nicht geschäftsordnungsmäßigen Protest behauptete Material Beweis zu erheben. Aber auch abgesehen davon muß die Wahl für giltig erklärt werden. Denn als die von der Kommission bemängelte Wahlbeeinflussung zu Gunsten des Konservativen erfolgte, war der nationalliberale Kandidat überhaupt noch nicht aufgestellt. Diesem konnte also durch die amtliche Wahlbeeinflussung gar kein Eintrag geschehen. Außerdem hat der Regierungspräsident, als dann ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt wurde, seine Unterschrift zurückgezogen, und diese Zurückziehung hat den Nationalliberalen sicherlich mehr genützt als geschadet.

Abg. **Fischer**-Berlin (Soz.): Die Wahlprüfungskommission hat den Plenarbeschluß des Hauses nicht befolgt, die in dem Gegenprotest behaupteten Tatsachen erneut zu prüfen, und deshalb haben wir den Antrag auf nochmalige Beweiserhebung gestellt. Seit jeher hat man sich bei Wahlprüfungen nicht an die Frist gehalten, wenn die Tatsachen, die nachträglich berücksichtigt werden sollten, aus der eigenen Kenntnis des Hauses stammten. Das ist z. B. bei der Prüfung der Wahl des Nachfolgers von Stumm der Fall gewesen. Hier liegt die Sache noch klarer, da ein tatsächlicher Antrag zur Prüfung des neuen Materials vom Plenum gegeben worden ist. Selbst wenn ich mit der Mehrheit der Kommission die Auffassung hätte, daß Artikel 4 die Prüfung neuer Tatsachen verbietet, so hätte die Kommission doch unsere Ergänzungsbehauptungen prüfen müssen. Denn sie beziehen sich alle auf Behauptungen des Protestes und bringen keinerlei neue Behauptungen vor. Die Kommission hat hier wirklich nicht sachlich, sondern nach der Person oder nach der Partei entschieden. Man kann wirklich sagen, weil die Wahlbeeinflussung gegen den sozialdemokratischen Kandidaten nicht von Erfolg war, wird die Wahl des Konservativen kassiert, und weil die Wahlbeeinflussung zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten auch erfolglos war, wird die Wahl auch kassiert. Das heißt: Wahlbeeinflussungen sind giltig und zulässig, wenn sie zweimal zu Ungunsten der Sozialdemokraten verübt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die **sozialdemokratischen Anträge** werden **abgelehnt** und die Wahl des Abg. **Braun** (Soz.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der meisten Freisinnigen für **ungiltig** erklärt.

Hierauf wird die erste Beratung der

Börsengesetznovelle

fortgesetzt.

Abg. **Schmidt**-Berlin (Soz.): Wir sind uns jederzeit darüber klar gewesen, daß es Auswüchse im Börsen- und Bankverkehr gibt, die aber kaum durch gesetzliche Bestimmungen unterdrückt werden können. Das ist natürlich, weil die Börse mit all ihren Fasern mit dem ganzen modernen Kapitalismus zusammenhängt. Das Verbot des Terminhandels hat sich als sehr unzweckmäßig erwiesen. Die Landwirtschaft kann nicht wie die Industrie jederzeit die Produktion nach dem Bedarf schnell steigern, außerdem ist sie auf den Bezug vom Ausland angewiesen. Daher ist das Zeitgeschäft für sie eine Notwendigkeit. Ich mache die Börse nicht für alle Erscheinungen im Wirtschaftsleben so verantwortlich wie Herr von Kanitz. Die Preissteigerungen rühren nicht von den Treibereien der Börsenjobber her, sondern haben den effektiven Handel zum Hintergrund. Sie treten dann ein, wenn wirklich keine Ware zu finden ist. Durch das Börsengesetz sollte die Sicherheit des soliden Geschäftsverkehrs an der Börse gefördert werden. Diese Bestrebungen haben auch wir unterstützt, dann sollte das Publikum vor Verlusten bei der Börsenspekulation geschützt werden, eine Maßnahme, der wir schon gleichgiltiger gegenüberstehen, da das werktätige Volk an ihm nicht beteiligt ist. Drittens sollten durch das Terminhandelsverbot Preisbeeinflussungen zu Gunsten der Produzenten stattfinden. Die Preise sind ja auch gestiegen. Aber dafür mache ich nicht das Verbot des Terminhandels, sondern die Bildung der Syndikate verantwortlich, daß die Agrarier sich eine Preissteigerung, wie sie bei Kohle und Eisen erfolgt ist, einsehen, verstehe ich. Aber es liegt nicht im Interesse der Konsumenten, ihnen ein ähnliches Machtmittel für die Preisbildung auf dem Getreidemarkt zur Verfügung zu stellen, wie es das Kohlen- und Eisensyndikat für die industriellen Rohstoffe bedeutet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was die letzten Kursstürze anlangt, so glaube auch ich, daß sie ohne das Verbot des Terminhandels nicht so arg gewesen wären. Und es liegt gewiß im Interesse der Arbeiter, daß eine wirtschaftliche Deroute nicht plötzlich eintritt, da sich ihre Rückwirkung ebenso plötzlich auf die Lage der Arbeiterklasse äußert. Es läßt sich in der Tat nicht bestreiten, daß es eine bedenkliche Wirkung der Börsengesetzgebung ist, wenn der solide Markt dadurch unsicher gemacht wird, daß man auf dem Produktenmarkt das Spiel ausschließt und die unsicheren Elemente nach dem Kassenmarkt hindrängt. Ich glaube auch, daß das letzte Börsen-

Aus aller Welt.

Wieder ein Soldatenquäler. Aus Stuttgart berichtet die „Frankf. Ztg.“: Der Unteroffizier Heinrich Schloz von der 6. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 29 war vom Kriegsgericht wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen, sowie wegen Beleidigung zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt worden. Auf Befehl des Angeklagten mußte die Korporalschaft zweimal Nachts aufstehen und mit kleinen Schuhbürsten den Boden der Mannschaftsstube reinigen. Dabei schimpfte Schloz seine Untergebenen „Lumpen“, „hergelaufene Handwerksburschen“. Einen Kanonier, der krank im Bett lag, begoß er mit Wasser. Außerdem versetzte er einem Untergebenen eine Ohrfeige, einen anderen schlug er auf die Nase. Wegen zu gering bemessener Strafe legte der Gerichtsherr, Generalleutnant Albrecht Herzog von Württemberg, Berufung ein. Das Ober-Kriegsgericht fand die Berufung begründet und erkannte unter Aufhebung des kriegsgerichtlichen Urteils auf vier Wochen Mittelarrest. Der Vertreter der Anklage bezeichnete die kriegsgerichtliche Strafe als auffallend gering.

Verlorene und wiedergefundene Trauringe. Im Garten des Weißgerbers Klinck in Klein-Sande (bei Uetersen) wurde in diesen Tagen ein „T. S. 1879“ gezeichneter Trauring gefunden. Die inzwischen ermittelte Besitzerin hatte den Ring bald nach ihrer Hochzeit verloren und gelangt nun kurz vor ihrer silbernen Hochzeit wieder in seinen Besitz. — Unter eigenartigeren Umständen kam ein Molkereibesitzer in Glückstadt wieder zu seinem verlorenen Ringe, der ihm beim Viehfüttern abhanden gekommen war. Nach einer ziemlich langen Reihe von Jahren erhielt er aus seiner Dithmarsischen Heimat die Nachricht, daß sein Ring auf dem Felde, wohin er offenbar mit dem Dünger gekommen war, beim Pflügen gefunden worden sei; er war allerdings von der Pflugschar erheblich beschädigt.

Mord in Petersburg. Als Generalleutnant Strandmann in Petersburg von einem Spaziergang nach Hause zurückkehrte, fand er seine Gattin und den Kammerdiener ermordet auf. In den Zimmern waren alle Schränke erbrochen und zahlreiche Wertgegenstände sowie eine große Summe Geld geraubt. Von den Tätern hat man keine Spur. Beide Opfer wurden mit Axthieben erschlagen.

Ein Mord und Selbstmord ist Ende voriger Woche in dem Dorfe Groß-Demsin bei Brandenburg a. H. vorgekommen. Der 74jährige Arbeiter Neuhaus hatte häufig Streit mit der 64jährigen Schwiegermutter seines Sohnes, der Witwe Bittkow, die mit ihm in einem Hause wohnte. Am Abend vor der Tat war es wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen beiden gekommen. Als am anderen Tage die alte Frau das Mittagessen bereitete, schlich sich Neuhaus heimlich heran und spaltete ihr hinterrücks mit einem gewaltigen Beithieb den Schädel. Dann ging er nach dem Hausflur und erhängte sich.

Von einem schweren Grubenunglück wird aus Johannesburg gemeldet. Montag Abend stürzte im Bergwerk Robinson Deep ein Förderkorb, der fast an der Oberfläche angelangt war, infolge Seilbruchs 2000 Fuß hinab in die Tiefe. Die Insassen wurden getötet. 43 Eingeborene werden vermißt.

Durch den Einsturz eines Hauses in der Rue Auvagne zu Marseille wurden sämtliche Einwohner verschüttet. Dreißig Menschen sind mehr oder minder verletzt aus den Schuttmassen hervorgezogen worden; zwei Personen tot.

Infolge einer Dampfkesselexplosion ist nach der „Voss. Ztg.“ die Dachpappenfabrik von F. Schacht in Braunschweig niedergebrannt. Fünf Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt.

3000 Menschen obdachlos. Um Mitternacht zum 26. April brach in der Stadt Buczacz (Galizien) eine Feuersbrunst aus, die 200 Häuser einäscherte. 3000 Personen sind obdachlos; zwei sollen verbrannt sein.

Von einem Irrsinnigen überfallen und schwer verletzt wurde Sanitätsrat Dr. Vorster, Leiter der Irrenanstalt Stephansfeld im Elsaß. Der Wahnsinnige, namens Ulzemer, stieß dem Arzt, als dieser seinen Rundgang machte, ohne Veranlassung plötzlich ein mit einem Griff versehenes Stück Eisenblech 10 Zentimeter tief in den Unterleib.

Eine Liebestragödie in der Droschke. Aus einer Berliner Droschke, in der ein Herr und eine Dame saßen, hörte man plötzlich Hilferufe. Während die Dame aus dem Wagen sprang, fielen zwei Schüsse, von denen sie getroffen wurde. Gleich darauf krachte ein dritter Schuß, und der in der Droschke verbliebene Herr sank, anscheinend schwer verletzt, in den Fond des Wagens zurück. Mehrere Schutzleute waren sofort zur Stelle. Die verwundete Dame, der Passanten Hilfe leisteten, wurde in ein Krankenhaus gebracht. Ein Schutzmann bestieg die Droschke, in der das Liebesdrama vor sich gegangen war und führte den Verletzten vorher in das nächste Polizeibureau.

„Eine Hochzeit in aller Stille“ wird aus Rußland gemeldet. Selten wohl ist ein Wort so wenig am Platze gewesen, wie dieses, das ein russisches Blatt einem Privatbriefe aus Port Arthur entnimmt, worin eine Trauung während der Beschießung vom 22sten März geschildert wird. Die Briefschreiberin berichtet: „Wir machten in einem Magazin Einkäufe für die Braut. Plötzlich hörten wir schießen; der erbleichende Kommis entschuldigte sich, er könne nichts mehr verkaufen; der Kutscher der Damen drängt zur Heimfahrt. Auf der Straße hört man Schreckensrufe, die Leute rennen, Frauen weinen. Kaum hatten wir in der Equipage Platz genommen, als das Pferd, durch eine in der Nähe einschlagende Granate erschreckt, wie toll dahinraste. Die eingeladenen Gäste fuhren fast alle von dannen und die Trauung fand in aller Stille statt . . . .“

Ein „Schulkuriosum“ wird der „Voss. Ztg.“ aus dem Vorort Lichtenberg gemeldet: „Anfang dieses Monats zog der Maler Sch. von Berlin hierher. Er hat einen Sohn, der im August d. J. 14 Jahr alt wird, aber schon jetzt die ansehnliche Größe von 1,84 Meter erreicht hat. Weil nun die Schulbänke zu eng für ihn waren, ist er auf ein Gesuch des Vaters vom ferneren Schulbesuch befreit worden.“

Erdbeben. Dem „Voigtl. Anz.“ zufolge sind in Plauen in vergangener Nacht kurz nach 4 Uhr 3 starke Erdstöße verspürt worden.

Eine sonderbare Art, sich aus der Welt zu schaffen, ersann ein Dienstmädchen in Erlangen. In der Verzweiflung darüber, daß es beim Abstäuben zwei Figuren zerbrochen hatte, schüttete es Pulver auf einen Stuhl, zündete es an und setzte sich im selben Augenblick darauf. Der gewünschte Erfolg blieb aus; dagegen erlitt nach der „Frkf. Ztg.“ die Kehrseite der Aufgeregten empfindliche Brandwunden.

Ein schwerer Geschützunfall hat sich in Toulon bei den ersten Schießversuchen mit den neuen 95 Millimeter-Geschützen ereignet. Ein Geschütz explodierte. Ein französischer Artillerieoffizier erklärte hierauf nach der „Voss. Ztg.“ einem Berichterstatter: „Die Leute haben kein Vertrauen zum 95 Millimeter-Geschütz, das Schwanzstück bleibt unsicher. Bei einer Schießübung am Vorgebirge Brunhaut jüngsten Montag sind von 4 Geschützen 3 in Stücke gegangen.“

Ein gestrandeter chinesischer Kreuzer. Der chinesische Kreuzer Hai-Tien, welcher auf einer Klippe bei Eaglepoint, 60 Meilen von Schanghei aufgefahren ist, gilt als vollständig verloren. Der Kreuzer der Vereinigten Staaten „New Orleans“ versuchte vergebens, das Schiff abzuschleppen. Menschen sind nicht umgekommen. Die Hai-Tien wurde im Jahre 1899 in Elswick fertiggestellt, hatte 4300 Tons und 24 Knoten Geschwindigkeit. Der Verlust dieses Kreuzers dürfte die angeblich in China wachsende Kriegslust etwas dämpfen.

Transplantierte Schweinehaut. Eine eigenartige Operation ist soeben, wie aus Newyork gemeldet wird, bei einer Negerin, Mary Grant aus Richmond (Virginien), vorgenommen worden, die durch die Explosion einer Lampe fürchterliche Brandwunden erlitten hatte. Ihr Arzt teilte ihr mit, daß ein großer Teil ihrer Haut ersetzt werden müßte, wenn ihr Leben gerettet werden sollte, aber es fand sich niemand aus ihrer Verwandschaft bereit, seine Haut für das arme Mädchen aufs Spiel zu setzen. Da verfiel der Arzt auf folgende Idee: er ließ ein zweimonatiges Ferkel holen, chloroformierte es und nahm ihm soviel Haut, wie erforderlich war, um die verbrannten Stellen am Körper der Patientin zu bedecken. Die Operation des Transplantierens der Schweinehaut hat sich bisher als sehr erfolgreich erwiesen; die Negerin ist auf dem besten Wege zur Genesung.

gesetz einen Teil des Börsenverkehrs ins Ausland getrieben hat. Das ist kein erwünschter Zustand, denn es ist notwendig, daß unser Geldmarkt flüssige Mittel und Kapitalien erhält, weil sonst Industrie und Handel gelähmt, nicht gefördert werden. Die Agrarier bekämpfen das Börsenspiel, während sie dem Lotteriespiel, dem Spiel am Totalisator garnicht abgeneigt sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die sittliche Entrüstung der Agrarier ist um so merkwürdiger, als eine ihrer ersten Autoritäten, Herr Rubland, sehr enge Beziehungen zu Josef Leiter, dem skrupellosesten Chicagoer Börsenjobber, unterhält. Es ist Tatsache, daß die schlimmsten Feinde der Börse von den Früchten dieses Giftbaumes so gern naschen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Zentrumsfraktion behauptete, daß unsere Kornhäuser, die mit Subvention der Regierung errichtet sind, nur da florieren, wo sie ein lebhaften Terminhandel betreiben. (Heiterkeit bei den Soz.) Herr Möller hat mit Recht auf den großen Einfluß der Börse in politischer Beziehung hingewiesen. Vertauschen doch die höchsten Staatsbeamten ihre Stellungen mit den leitenden Stellen großer Banken. Ist doch das Einkommen eines Ministers von dem Gehalt eines solchen Bankdirektors so verschieden, wie etwa das Gehalt eines Stiefelputzers von dem eines Ministers. Das Geld regiert die Welt und der Einfluß des Großkapitals macht sich überall auch in der bürgerlichen Presse bemerkbar. Die chronique scandaleuse meldet vielfache Fälle von bestochenen Börsenredakteuren. Wir fragen an, ob wir bei der Revision des Börsengesetzes nicht Vorkehrungen treffen müssen, daß nicht ein Mann 14 bis 15 Aufsichtsratsämter übernimmt. Auch die Frage der Gründung von Tochtergesellschaften ist durch die Banktrache aufgerollt worden. Aber das sind nur Präventivmittel, die den Tendenzen des Großkapitals nicht erfolgreich gegenübertreten können. Wir Arbeiter leiden unter der Konzentration des Kapitals und wir müssen darnach streben, ihm eine möglichst große Freiheit von Einfluß des Kapitalismus zu verschaffen. Wir wünschen deshalb, daß der übermächtige Einfluß des Kapitals im wirtschaftlichen und politischen Leben zurückgedrängt wurde. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Burlage (Zentr.): Die Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte ist unvollkommen, aber der Nachrichtendienst ist schon bedeutend vervollkommnet. Dem Vorredner kann ich nicht beistimmen, daß der Terminhandel eine geeignete Grundlage für eine gesunde Preisbildung ist. (Sehr richtig! rechts.) Das wirtschaftliche Leben hat Höhen und Tiefen erlebt vor wie nach dem Börsengesetz. Es ist nicht bewiesen, daß das Börsengesetz die Krise verschärft hat. Wir wünschen Tatsachen zum Beweise, daß durch das Börsengesetz Verstöße gegen Treu und Glauben hervorgerufen seien. Warum sich die Kaufleute durch die Eintragung ins Register deklassiert fühlen, verstehe ich nicht. (Sehr richtig! im Zentr.) Das verstehe ich allerdings, daß die kleinen Provinz-Bankiers durch den Widerstand der großen Berliner eine gewisse Scheu gegen die Eintragung bekommen. (Zuruf links: Die großen Berliner Banken stehen ja alle im Register!) Lassen Sie doch diese Unterscheidungen! (Lebhafte Unruhe links.) Das Wichtigste an der Vorlage ist, daß die Beschränkungen des Terminhandels zum wesentlichen Teil wieder aufgehoben werden. Dazu sind wir auf keinen Fall bereit. (Bravo! im Zentrum und rechts.) Ebenso wollen wir nicht dem Bundesrat freie Hand geben, Zeit- und Lieferungsgeschäfte bei Erfüllung bestimmter Normen zu gestatten. Wir fürchten, daß er den Wünschen der Börse zu weit entgegenkommt. Mannheim und Duisburg kommen bei sehr bedeutenden Umsätzen sehr gut ohne Getreidetermin-Börse aus. Der Terminhandel hat auch durchaus nicht die ihm zugeschriebene preisregulierende Wirkung. Der Riegel, der dem Spekulationstreiben durch das Gesetz von 1896 vorgeschoben worden ist, darf nie und nimmer zurückgeschoben werden. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Minister Möller: Ich betone dem Herrn Vorredner gegenüber wiederholt, daß an dem Verbot des Terminhandels und dem Börsenregister nicht gerüttelt werden soll. Wir wollen den Kaufmannsstand nur davor schützen, daß ehrlose Elemente desselben die ihnen durch das Gesetz von 1896 gebotenen Handhaben sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, ausnutzen. Die Bestimmung der Vorlage über die Notwendigkeit des Zeitgeschäftes für Getreide stammt von dem landwirtschaftlichen Vertretern im Börsenausschuß. (Hört, hört! links.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Dritte Lesung der Novelle zum Krankenfürsorgegesetz für Seeleute. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 6¼ Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 28. April.

* **Was alles marktschreierische Reklame vermag,** davon legt die Krankenkasse „Thalia" in Hannover ein beredtes Zeugnis ab. Dutzende von Ansprüchen aus allen Himmelsrichtungen sind beim dortigen Gerichte anhängig gemacht, aber Geld ist nicht die Spur vorhanden. Durch die jüngste Gerichtsverhandlung hat man tatsächlich den Eindruck gewonnen, daß auch diese Kasse nur der Beamten wegen gegründet ist. Gehälter von 350 Mark und darüber sind pro Monat gezahlt und Bureauarbeit Nebensache gewesen, aber desto mehr wurde — nach unwidersprochener Zeugenaussage vor Gericht — die Kneipe frequentiert. Also nochmals weg von solchen Schwindelkassen!

* **Textbücher** zur letzten Volksvorstellung in dieser Saison der Lortzingschen Oper Zar und Zimmermann sind in der Expedition unseres Blattes für 25 Pfennige zu haben. Die Ausgabe der Billets erfolgt Montag Abend im „Gewerkschaftshause". Bestellungen werden schon jetzt in der Expedition entgegen genommen.

* **Wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung** vor versammelter Mannschaft angeklagt, stand Dienstag der Musketier Paul Schade aus Breslau vor dem hiesigen Oberkriegsgericht. Am 14. Oktober hatte der als Rekrut für das 22. Infanterie-Regiment in Glogau ausgehobene Mann sich in Breslau auf der Ohlauertorwache zu melden, behufs Einstellung und Empfang der Reisegebühren. Der anredende Vaterlandsverteidiger hatte sich etwas angeheitert und hatte in dieser Stimmung keine Lust zu gehorchen. Er trat aus dem Glied und redete in seinem Rausch dummes Zeug, über das sich die andern Rekruten natürlich freuten. Der Unteroffizier Gebauer befahl Ruhe, doch Schade kehrte sich nicht daran. Auch zeigte er nicht den vom Unteroffizier geforderten Gestellungsbefehl, sondern sagte vielmehr, er brauche sich nicht anschwanzen zu lassen. Am 29. Oktober 1903 verurteilte das Breslauer Kriegsgericht den 11. Division den Mann zu sechs Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte der Gerichtsherr zu Gunsten des Angeklagten Berufung ein. Der Gerichtsherr erklärte, „der Angeklagte war noch nicht militärisch ausgebildet und sei infolgedessen sich nicht über die Tragweite seiner Handlungen klar gewesen. Deshalb sei die Strafe eine viel zu hohe".

In der Berufungsverhandlung, die am 24. November v. Js. vor dem Oberkriegsgericht stattfand, wurde Schade freigesprochen. Aber auch dieses Urteil paßte dem Gerichtsherrn nicht, und er legte Revision beim Reichsmilitärgericht ein. Dieses hob am 20. Januar das Urteil auf und verwies die Sache an das Oberkriegsgericht zurück. In der erneuten Verhandlung am 26. April führte der Vertreter der Anklage aus, nach dem Gesetz seien Vorgesetzte von solchen militärischen Personen wie der Angeklagte Chargen vom Feldwebel aufwärts, also in dem Fall der Bezirksfeldwebel. So komisch es klinge, sei doch jener Unteroffizier auf dem Bezirks-Kommando nicht Vorgesetzter des Mannes gewesen und der Mann sei freizusprechen. Der Vertreter der Anklage beantragte nur drei Wochen Mittelarrest wegen unpassenden Benehmens des Rekruten auf dem Bezirks-Kommando gegenüber dem Bezirks-Adjutanten. Das Oberkriegsgericht erkannte auf Aufhebung des kriegsgerichtlichen Urteils und verurteilte den Musketier zu sechzehn Tagen strengem Arrest. Eine Achtungsverletzung läge ohne Zweifel auch gegenüber dem Unteroffizier vor, da ein dienstlicher Verkehr schon stattgefunden habe, doch sei berücksichtigt, daß der Angeklagte s. Z. noch nicht an die militärische Disziplin gewöhnt gewesen sei.

* **Wegen betrügerischen Bankerutts** verhandelte das Breslauer Schwurgericht gegen den früheren Vorkosthändler Emil Lawitzki. L. ist gelernter Schlosser, legte aber im Jahre 1902 sein Handwerk nieder und übernahm mit 600 Mark die bisher von seiner Mutter betriebene Vorkosthandlung auf der Kl. Scheitnigerstraße. Das Geschäft ging vorzüglich, denn täglich löste L. 80 bis 100 Mark. Trotz alledem häuften sich seine Schulden zu bedenklicher Höhe und er kam immer unpünktlicher seinen Verpflichtungen nach. Im September endlich verkaufte er das Geschäft für den Preis von 2500 Mark. Das Geld wurde L. bar ausgezahlt. Jedoch mußte er sich verpflichten, im Umkreise kein Konkurrenzgeschäft zu eröffnen oder zur Eröffnung eines solchen behilflich zu sein. Das hinderte L. aber nicht, schon nach kurzer Zeit einem Schulfreunde bei Einrichtung eines Vorkostgeschäftes, gegenüber seinem verkauften Geschäfte, beizustehen. Dieses ging darauf rapide herab, zumal Lawitzki bei seinem Freunde als Verkäufer auftrat und alle seine früheren Kunden dorthin zog. Die Inhaberin des früher Lawitzkischen Geschäftes mußte dieses bald wieder mit 700 Mark Verlust verkaufen. Von dem erhaltenen Gelde bezahlte L. 900 Mark Schulden und versuchte mit seinen Gläubigern eine Einigung zu 10 %, was jedoch von diesen abgelehnt wurde. Nun nahm Lawitzki die 1600 Mark, ging nach Berlin und verjubelte in 12 Tagen 1400 Mark nach seinen eigenen Angaben in Kneipen und in Gesellschaft von Damen der Halbwelt. Seine Frau hatte inzwischen eine Restauration übernommen und sich das Geld dazu von Verwandten geborgt. An seine Wohnungseinrichtung konnten die Gläubiger nicht heran, da diese einem Gläubiger durch einen Kaufvertrag verpfändet worden waren. Handelsbücher hatte Lawitzki nicht geführt, obwohl er infolge seines Geschäftsumfanges laut Sachverständigenurteil dazu verpflichtet war. Hätte L. das Geld nicht nach Berlin genommen, so wären seinen Gläubigern noch 25 % geblieben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig, zu Ungunsten seiner Gläubiger Vermögensstücke beiseite gebracht zu haben und billigten ihm mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust.

Polizeilich verboten

ist die für Sonntag, den 1. Mai, Vormittags 7½ Uhr angesetzte Demonstrationsversammlung.

Der Polizei-Präsident, der dem Einberufer der Versammlung dieses Verbot mitteilte, beruft sich auf die Oberpräsidialverordnung vom Jahre 1896 betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.

Um jeder Eventualität vorzubeugen, ist eine

neue Versammlung

auf Vormittags 11 Uhr angemeldet worden. In dieser wird der altbewährte Vertreter des Ostkreises im Reichstage

Genosse Franz Tutzauer

den Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat halten.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß trotz der *behördlichen Schwierigkeiten die Versammlung um 11 Uhr* eine Massenversammlung werde. Sorgt für möglichste Bekanntmachung dieser Terminsverlegung! Einer sage es dem andern. Niemand darf fehlen!

Auf zum Maifest!

Auf zur Versammlung!

* **Aus einer Damenkapelle.** Im Palmengarten konzertiert zur Zeit der Kapellmeister Brunet mit seinem Ensemble. In der Garderobe herrscht öfter Zank unter den Damen und insbesondere die Frau Kapellmeisterin scheint sehr schlagfertig zu sein, wie in der letzten Sitzung des Gewerbegerichts zu tage trat. Eine Musikerin klagte auf Lohnentschädigung für einen Monat in Höhe von 20 Mk., ferner auf Entschädigung für die freie Station in Höhe von 70 Mk. und 3.96 Mk. Reklohn, weil sie wegen Beleidigung und Mißhandlung ihre Stelle ohne Kündigung zu verlassen berechtigt gewesen war. An einem regnerischen Abend hatte Frau Brunet ihren Mantel auf den Haken der betreffenden Musikerin gehängt und als diese in die Garderobe kam, um sich umzukleiden, hängte sie diesen Mantel an einen anderen Haken. Dies bot der Frau nach der Konzertaufführung Veranlassung, die Musikerin mit einer Flut von Schimpfworten zu überschütten, sie mit beiden Händen an den Haaren zu raufen und mit dem Kopfe an die Wand anzustoßen. Brunet kam hinzu und versetzte ihr eine Ohrfeige, daß Blut aus der Nase floß und bedrohte sie mit weiteren Mißhandlungen. Aus Furcht ging das Mädchen an diesem Abend nicht mehr mit nach der Station „Café Imperial" und zog es auch am andern Tage vor, nicht mehr mitzuspielen, woraus Brunet vor Gericht den Schluß herleitete, die Musikerin habe die Arbeit „ohne Kündigung verlassen", weshalb er nicht schadensersatzpflichtig sei. Nachdem man sich darüber geeinigt hatte, daß der Wert der freien Station nicht 250 Mk., wie gefordert, sondern nur 2 Mk. beträgt, wurde Brunet verurteilt 79.96 Mark zu zahlen und die Kosten zu tragen.

* **Ein Brustbeutel mit 5 Pf.** kostet einem Soldaten, namens Lindemann, vom 63. Regiment in Oppeln ein Jahr Gefängnis. Das Kriegsgericht hatte gar auf 1 Jahr Zuchthaus erkannt, doch hatte der Gerichtsherr zu Gunsten des Angeklagten Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht verurteilte den Mann wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis, Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und Ehrverlust auf 3 Jahre. Das alles wegen 5 Pfennigen.

* **Ein neuer Abfall Kopps.** Wie aus Krakau gemeldet wird, hat die zuständige Kongregation die Ehe des polnischen Mitgliedes des Deutschen Reichstages und Preußischen Abgeordnetenhauses, Korfanty, für giltig erklärt. Der Papst hat diese Entscheidung genehmigt. Infolgedessen wird der vom Kardinal-Fürstbischof Dr. Kopp angestrengten Klage gegen den Pfarrer Mikulski, der die Trauung vorgenommen hatte, keine Folge gegeben werden. — Herr Kopp hat wirklich kein Glück mit den Polen!

* **Der oberschlesische Mittags-Schnellzug** von Breslau hatte, dem „Oberschl. Tageblatt" zufolge, am Montag auf offener Strecke Aufenthalt, da ein Defekt an der Lokomotive vorgekommen war. Der Zug kam mit einer Stunde Verspätung in Königshütte an.

* **Verbrüht.** Der am 2. März 1903 geborene Knabe Reinhold Herzig, Sohn einer Sadowastraße 15 wohnenden Plätterin, ist am 21. d. Mts. in einen mit kochendem Wasser gefüllten Topf gefallen. Die Verletzungen, die das Kind hierbei erlitten hat, waren so schwer, daß es am 25. d. Mts. gestorben ist.

* **Unfälle.** Am 26. d. M., Vormittags, erlitt ein Anstreicher auf dem Carlsplatz einen Krämpfeanfall und fiel zu Boden, wobei er sich schwer am Kopf verletzte. Nachdem ihm in der Unfallstation auf der Carlsstraße Hilfe geleistet worden war, wurde er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt. — Eine Witwe wurde auf der Kürschnerallee in Kleinburg durch einen Lehrjungen mit dem Fahrrad so heftig angefahren, daß sie in einen zwei Meter tiefen Graben fiel und dort besinnungslos liegen blieb. Ein Arbeiter zog die Frau alsbald aus dem Graben, worauf sie sich schnell wieder erholte. — Ein Tischlergeselle wurde auf der Neuen Schweidnitzerstraße durch eine Droschke umgefahren und zog sich eine Verletzung des rechten Beines zu.

* **Vermißt.** Seit dem 24. d. Mts. wird der 53 Jahre alte pensionierte Magazinaufseher Ernst Kleinert, welcher Augustastraße 130 gewohnt hat, vermißt. Er hat dunkelblondes Haar und ist mit weichem schwarzem Hut, modfarbener Joppe, schwarzer Hose und Schnürschuhen bekleidet. — Der 17 Jahre alte Barbierlehrling Gerhard Löffin, Ohlauer Chaussee 8, wird seit dem 18. d. Mts. vermißt. Er trägt braunen Jackettanzug, grünen Hut und Schnürschuhe.

* **Verirrt** hat sich am 26. d. Mts., Nachmittags, das drei Jahre alte Mädchen Frieda Poppe, dessen Eltern Sternstraße 70 wohnen. Das Kind ist mit dunklem karierten Kleid, blaukarierter Schürze, hellrosa Strümpfen und Knöpfschuhen bekleidet.

* **Zuviel Geld.** In der Nacht zum 25. d. Mts. hat ein Droschkenkutscher von einem unbekannten Fahrgast anstelle eines Einmarkstückes 1 Zwanzigmarkstück erhalten.

* **Wagendieb.** Am 26. d. Mts., Nachmittags, ließ ein Kutscher einen zweispännigen Wagen kurze Zeit unbeaufsichtigt auf der Schießwerderstraße stehen. Diesen Umstand benutzte ein Arbeiter dazu, den Wagen zu besteigen und davon zu fahren. Der Kutscher verfolgte den Wagendieb sofort und holte ihn am Wäldchen ein. Der Arbeiter sprang vom Wagen und versetzte dem Kutscher einen so heftigen Schlag, daß dieser zu Boden stürzte und sich erheblich verletzte. Durch einen Schutzmann wurde der Arbeiter verhaftet.

* **Gestohlen** wurden: am 28. d. Mts. in Schottwitz ein Fahrrad, Marke „Styria", Nummer 90664, aus einem Grundstück auf der Antonienstraße ein grauer Ballen, gezeichnet P. K. 3559, enthaltend Bettleinwand im Werte von 100 Mk., einem Bilderrevisor in einer Restauration, in der er eingeschlafen war, eine goldene Remontoiruhr (Nr. 21,389) nebst sechsreihiger goldener Kette, einem Bäcker vier auf Seide gestickte Landschaftsbilder, die einen Wert von 200 Mk. haben und einem Drogisten von der Nachodstraße ein kleiner schwarzer Hund mit weißen Pfoten.

* **Verhaftet** wurde ein Kellner, der einem Ausschänker 50 Mk. gestohlen hatte.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 26. d. Mts. 32 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: einige Schlüssel, ein Pompadour, ein Opernglas, eine goldene Brosche mit einem Brillanten, eine Damenuhr, ein Regenschirm, eine Quittungskarte und eine Mütze, in welcher sich ein Geldbetrag befand. — Abhanden kamen: zwei goldene Nadeln mit Amethysten, zwei Straußfedern, eine Brieftasche mit einem Hundertmarkschein, eine goldene Damenzylinderuhr, eine goldene Damenremontoiruhr mit Doppelkette, eine rotlederne Mappe, ein dunkelgrünes Handtäschchen und ein Portemonnaie mit 7 Mk.

* **Sylvester Schäffer-Gastspiel im Viktoria-Theater** ab 1. Mai. Einer der vielgewandtesten unter den modernen Varietekünstlern, Sylvester Schäffer, absolviert vom 1. Mai ab am hiesigen Viktoria-Theater ein Gastspiel. Von der enormen Vielseitigkeit der Darbietungen dieses „Stars" der Brettlwelt wird in auswärtigen Zeitungen viel Lobende's gesagt.

Brieg, 28. April. Die Maifeier findet Sonntag, den 1. Mai, im „Goldenen Anker" statt. Dieselbe wird Punkt 3 Uhr durch eine Festrede im Saale eröffnet, und werden wir vielleicht die Freude haben, bei dieser Gelegenheit den Reichstagsabgeordneten Genossen Tutzauer als Festredner zu hören. Von Nachmittags 4 Uhr ab Konzert und Gesangsvorträge, Kinderbelustigungen usw. (bei ungünstiger Witterung im Saale). Programme à 20 Pfennig für männliche Personen berechtigen zum Zutritt sowohl zur Versammlung wie zum Garten. Frauen und Kinder haben freien Zutritt! Wer am 1. Mai noch nicht im Besitz eines Programms ist, kann ein solches im Festlokal lösen. Solche männliche Personen, die nicht im Besitz eines Programms sind, können an der Festlichkeit nicht teilnehmen und haben auch zur Versammlung keinen Zutritt. Arbeiter Briegs! Agitiert für die Maifeier! Sorgt für Massenbesuch! Hoch der 1. Mai!

Neisse, 27. April. Zentrumstoleranz. In Anbetracht der hiesigen Lokalabtreibereien durch die Polizei und die klerikale „Neisser Zeitung" uns gegenüber ist es interessant zu erfahren, daß in Berlin das Leohospitz (katholisches Vereinshaus) seine Lokalitäten im „Vorwärts" nicht nur zu Gewerkschaftsversammlungen, sondern auch zu sozialdemokratischen Versammlungen empfiehlt. Jetzt zur Maifeier werden sogar diese katholischen Lokalitäten benutzt, und sie sollen deshalb noch nicht eingestürzt sein. Freilich kommt so was nur in Berlin vor, in Berlin. Bauer, da ist es etwas anders, als hier in Neisse. Dort besitzt das Zentrum nicht wie hier die Macht und deshalb sind diese christlichen Geschäftsmenschen tolerant, ja, sind sie froh wenn ihnen sozialdemokratische Arbeiter ihr Vereinshaus helfen über Wasser halten. Was würden wohl die christlichen Arbeiter hier sagen, wenn ihnen die „Neisser Zeitung" das alles erzählte, hier werden die Sozialdemokraten als Räuber und Mörder verschrien und in Berlin nimmt man dieselben Leute gern in die „heilige" Halle des Zentrums auf, allerdings nur um ein Geschäft zu machen, auch hat sich die Polizei in Berlin noch nicht um die Polizeistunde gekümmert, der Wirt des Neisser katholischen Vereinshauses soll ja auch nicht auf Rosen gebettet sein, wie wäre es, wenn er sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben würde. Oder ist in Berlin dem Zentrum erlaubt, was ihm in Neisse verboten ist???

Kattowitz. Zur Maifeier. Am Sonnabend, 30. April, Abends 8 Uhr, wird in einer im „Gewerkschaftshause" tagenden öffentlichen Versammlung Genosse Bruhns referieren über: „Der erste Mai und die Arbeiter!" Zahlreicher Besuch aller organisierten Arbeiter wird erwartet.

Rekla, 23. April. Eine unglaubliche „heilige Einfalt" bewies die Frau des polnischen Müllers M. aus dem benachbarten T. Durch einen Unfall kam ihr Mann plötzlich zu Tode und gab noch in seinen letzten Stunden seiner Angst vor dem Fegefeuer Ausdruck. Dies hatte jedenfalls ein Gauner gehört, der sich die Sache zu nutze machte. Am dritten Tage nach dem Begräbnis klopfte es, so erzählt das „Posener Tageblatt", um Mitternacht an das Fenster, und auf die erschrockene Frage der Frau antwortete eine hohle Stimme, Petrus sei da und überbringe ihr einen Gruß ihres Mannes, der sieben Jahre lang im Fegefeuer schmachten solle. Sie könne ihn jedoch erlösen, wenn sie ihm (dem Petrus 700 Mark einhändige. Die Frau versprach, ihm am nächsten Abend das Geld zu geben und händigte dem vermeintlichen Petrus auch wirklich am nächsten Tage die 700 Mark aus. Um sich vor Entdeckung zu schützen, legte der Gauner der Frau die Verpflichtung auf, mindestens drei Wochen über den Vorfall zu schweigen. Trotzdem ist man dem Schwindler auf der Spur.